

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 263 · 22. JAHRGANG · AUSGABE 12/2016 VOM 9. DEZEMBER 2016 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Den Weg in die Pleite versperren**

Änderungsantrag zum Haushaltsplan

7 | **B 167 neu ist keine Lösung**

Bundestag beschloß Ausbaugesetz

12 | **Vom »Ich« zum »Wir«**

Solidarische Ökonomie diskutiert

Demokratie schlug hart und unerbittlich zu

Zur fristlosen Entlassung des Eberswalder Vizebürgermeisters Bellay Gatzlaff

von Dr. Ilona Pischel

Ich habe in einer demokratischen Entscheidungsfindung in der Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde am 5. Dezember 2016 gegen die fristlose Kündigung des Dezernten Herrn Gatzlaff gestimmt. Damit stand ich auf der Seite einer verschwindenden Minderheit von Stadtverordneten.

Auch nach dieser Sitzung bleiben für mich die Verfahrensweise einer nichtöffentlichen Sitzung und die mehrheitliche Entscheidung für den Beschlußantrag des Bürgermeisters und damit für eine fristlose Kündigung Herrn Gatzlaffs überraschend, unverständlich und auch fragwürdig. Es ist für mich nicht nachzuvollziehen, daß eine so brisante Entscheidung nichtöffentlich behandelt wird.

Nunmehr zum zweiten Mal hatte Herr Gatzlaff nicht die Möglichkeit, die Öffentlichkeit bei der Darlegung seiner Gedanken teilhaben zu lassen. Widersprüche im Verwaltungsablauf und im Umgang mit den Stadtverordneten sind doch etwas ganz Normales, das man nicht in Nichtöffentlichkeit »verstecken« sollte.

Widersprüche treiben, so man konstruktive Lösungen entwickelt, eine positive Entwicklung voran. Das ist eine alte Weisheit, die schon von dem antiken Philosophen Zenon, über die Vordenker der christlichen Ethik, u.a. festgeschrieben im Lukasevangelium und später glänzend hervorgehoben durch Kant, Hegel bis Schleiermacher und Engels, propagiert und praktiziert wurde.

Ich vermisse die selbstkritische Darstellung der »anderen Seite« der Konfliktbeteiligten und das tiefgründige, unparteiische Hinterfragen von Zusammenhängen durch Stadtverordnete. Die für mich im vorliegenden Fall einseitige Betrachtungsweise widerspricht meinem prinzipiellen Denkansatz von der Dialektik der Einheit und des Kampfes der Gegensätze.

Hier ging und geht es offensichtlich nur um erbitterten Kampf und um Stärkung von Macht einzelner in der Stadtverwaltung von Eberswalde.

Hat nicht aber die Stadtverwaltung einen Handlungsauftrag der Stadtverordneten zu erfüllen? Muß man nicht mehr und tiefer hinterfragen, warum und unter welchen Bedingungen bestimmte Handlungen des so hart Beschuldigten vollzogen wurden? Besonders von der Verwaltungsspitze kann man doch verlangen, daß sie in der Lage ist, Widersprüche auszuhalten und zum Wohle der Stadt zu lösen.

Keine für mich akzeptable Lösung ist jedoch, einen Dezernten – einst vom Bürgermeister selbst nach Eberswalde geholt und mit viel Lob überhäuft und dann mit ihm in Widerspruch geraten – fristlos zu entlassen.

Nach dieser Sondersitzung der Stadtverordneten vom 5. Dezember blieben für mich viele Begründungen der Verwaltungsführung in denkbar undurchsichtigem und einseitigem Licht und viele Fragen offen. Eine Stadtverwaltung mit vernünftiger und akzeptierter Verwaltungskultur sollte, effizient strukturiert, Impulse auch für die Stadtverordneten setzen und diese nicht durch undurchsichtige Unstimmigkeiten verunsichern und damit konstruktive Arbeit hemmen.

Nun muß der klärende Aufarbeitungsprozeß zügig beginnen, die Dinge sachlich bewertend beim Namen genannt und vorwärts gerichtete Konsequenzen gezogen werden.



Foto und Text: GERD MARRMANN

Den Bürgermeister in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf. Am 30.11.2006 nahm der damalige StVV-Vorsitzende Fred Sponner dem gerade neu Gewählten den Amtseid ab. Gewiß meinte er es damals ernst mit dem Schwur (Foto). Doch nun nimmt der »Eberswalder Bürgermeisterzyklus« seinen Lauf. Auf die drohende Gefahr wiesen wir bereits im August 2014 hin, noch bevor Friedhelm Boginski als strahlender Sieger seine zweite Amtszeit begann. Er hörte nicht hin. Nun häufen sich die Zeichen, daß auch der dritte Eberswalder Nachwendebürgermeister der zunehmenden Widersprüche, angehäuft in einer allzulangen Amtszeit, nicht mehr Herr wird. Er fängt an, um sich zu schlagen. Ein sicheres Indiz, daß Boginskis Tage als Bürgermeister gezählt sind. Es wäre zum Wohle der Stadt.

Zweite Wahl

Mit großem Getöse haben Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika ihren neuen Präsidenten gewählt. Einen lauten, egoistischen Menschen, der rassistisch und menschenverachtend den Wählern vom Stammtisch nach dem Munde redet.

Dieser unangenehme und aufdringliche Mann war offensichtlich zweite Wahl. Erste Wahl war nicht im Angebot, deshalb ist die Hälfte der Wähler zu Hause geblieben. Frau Clinton konnte mit ihrem bedrückenden Charme und intellektuellen Erklärungen nicht begeistern. Davon hatten die Menschen von Obama genug gehört. Donald Trump überzeugte mit Konzepten aus der Vergangenheit. Mit Macht und Geld, skrupellosen Spekulationen, rüpelhaft und prinzipienlos, garniert mit schönen Menschen soll es zurück in die Zukunft gehen.

Aus Angst, Hoffnung und Verzweiflung hat ein Viertel der Bürger einen Mann nach ihrem Ebenbild gewählt. Den US-Amerikanern geht es nicht gut und sie sind schlecht gelaunt, weil sie in der Vergangenheit Murks gemacht haben. Ganze Landstriche und Industrien haben sie verödet. Regelmäßig erschießt die Polizei aus nichtigen Gründen bevorzugt Afroamerikaner. Gerichte verhängen irrwitzig hohen Schadenersatz. Obskure Ideen vom Weltuntergang, Wunderheilung und Außerirdischen verbreiten sich wie Übergewicht, Geschmacklosigkeit, Protz und Dummheit. Ihre Geheimdienste foltern und haben mit Waffengewalt im Namen der Freiheit in Afghanistan, Irak und Libyen Regierungen beseitigt und großes Chaos hervorgerufen. Durch Immobilienspekulationen verloren viele Menschen ihr Haus und das Bankensystem der Welt begann zu wanken. Wenn man in ihr Land will, wird man wie ein Schwerverbrecher durchleuchtet. Die großen Internetfirmen spionieren die ganze Welt aus.

Vor wem haben die eigentlich Angst? Diese Absurditäten leisten sich die US-Amerikaner mit gepumpten Geld. Ihr vorheriger Präsident hat mit intellektuellem Charme die Probleme vernebelt. Donald Trump redet Klartext, aber er hat keinen wirklichen Plan zur Bewältigung ihrer Gegenwart und Zukunft. Mit staatlichen Interventionen, Egoismus, Rassismus und viel Tamtam will er die USA wieder groß machen. Diese Leute glauben wirklich, daß sie zuerst kommen, vor allen anderen Menschen in ihrem Land und auf der Welt. Ihr Plan geht schon lange nicht mehr auf, weil ihnen dafür die Mittel fehlen. Irgendwann ist damit Schluß und ihre Gläubiger werden die Ansage machen. Gut möglich, daß die US-Bürger bald für Chinesen arbeiten, wenn sie sich nicht ändern. Ihr neuer Präsident wird ihnen dabei nicht helfen, sondern das Elend vergrößern.

Liebe US-Amerikaner, denkt einmal darüber nach, was Ihr selbst machen könnt, denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Danke Fidel für Dein Lebenswerk!



Foto: Ag Cuba Si

Der Zaun der kubanischen Botschaft war mit Blumen geschmückt, Kerzen brannten, jemand hatte ein Schild mit der Aufschrift »Gracias Fidel« angebracht. Fast einhundert Kubafreunde hatten sich am 26. November 2016 in stillem Gedenken am Eingang der Botschaft versammelt. Sie wollten Abschied nehmen von einem standhaften Revolutionär, einem großen Internationalisten und einem vor allem in Lateinamerika und in den Ländern des globalen Südens hochverehrten Staatsmann.

FIDEL CASTRO war die Führungspersönlichkeit der kubanischen Revolution, sein Name ist zudem eng verbunden mit dem Integrationsprozeß auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

All jene, die sich für Unabhängigkeit, Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen, verneigen sich in tiefer Trauer vor FIDEL CASTRO. Die kubanische Revolution war und ist ein Beleg dafür, daß eine bessere Welt als gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus möglich ist und erkämpft werden kann. Und es ist genau dieses Beispiel, das den Mächtigen dieser Welt Angst macht: das Beispiel eines kleinen Landes, das sich gegen übermächtige Gegner behauptet, ein Land, das seinen Prinzipien treu bleibt und souverän seinen eigenen

Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus geht.

Wer FIDEL CASTRO war, schreibt André Scheer in der »Jungen Welt«, läßt sich leicht beantworten, wenn man sich anschaut, »wer um den langjährigen kubanischen Präsidenten trauert und wer seinen Tod bejubelt«. Nachdem die Agenturen die Nachricht von Fidels Tod verbreitet hatten, ließen die antikubanischen Kräfte in Miami die Sektkorken knallen, der künftige US-Präsident Trump beeilte sich zu verkünden, die erreichten Verbesserungen in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba wieder rückgängig zu machen, und die bürgerlichen Medien betonten in ihren Berichten immer und immer wieder ihre Kritik am kubanischen Gesellschaftsmodell, bezeichneten den Verstorbenen sogar als »Machtpolitiker« »Tyranen« und »Diktator«. Und in der Stunde der Trauer schmerzt es ganz besonders, wenn Menschen, die sich politisch links verorten, in tiefer Unkenntnis die Beleidigungen, Plattheiten und Lügen der bürgerlichen Meinungsmacher einfach nachplappern.

Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der AG Cuba Sí trauern um den Comandante en Jefe. Der Tod Fidels wird die Aktivistinnen und Aktivistinnen der Solidaritätsgruppen in Deutschland, Europa und international noch enger zusammenschweißen und die Solidaritätsarbeit für das sozialistische Kuba und den Kampf für eine bessere Welt fortsetzen.

Bei der spontanen Trauerfeier für Fidel vor der kubanischen Botschaft in Berlin versicherte der kubanische Botschafter in der Bundesrepublik, René Mujica Cantelar, den Anwesenden, sein Land werde prinzipientreu den Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus weitergehen.

Danke Fidel für Dein Lebenswerk!

¡Hasta la victoria siempre!

AG Cuba Sí

Gedenken an Amadeu

Eberswalde (bbp). Am 6. Dezember jährt sich der Todestag von Amadeu Antonio. Die bundesweit und darüber hinaus bekannte und schockierende Tat von 1990 bewegt weiter. Fünf Jahre nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie und von Teilen des behördlichen Versagens in diesem Zusammenhang, nach der dramatischen Zunahme von Haß, Hetze und Gewalt gegen geflüchtete Menschen und ihre Unterkünfte in den letzten Jahren sind der Anstand der Zivilgesellschaft und konsequente Reaktionen des Rechtsstaates auf rassistische Äußerungen und Angriffe weiterhin nötig.

Zum Gedenken am 26. Todestag von Amadeu Antonio an der Gedenktafel in der Eberswalder Straße versammelten sich wieder zahlreiche Menschen. Danach gab es Gespräche bei Kaffee und Tee im Afrikanischen Kulturverein Palanca e.V.

Linker Bundespräsident?

DIE LINKE hat mit ihrem parteilosen Kandidaten Professor Butterwege nicht nur zur Bundespräsidentenwahl, sondern für die gesamte Politik ein deutliches Signal gesetzt. Ich bin gegen den Kandidaten Steinmeier von CDU und SPD. Er war der Hauptarchitekt der Agenda 2010 unter Bundeskanzler Schröder. Diese Agenda führte bekanntlich zu großen sozialen Ungerechtigkeiten, schweren Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt und zu drohender Altersarmut. Es gibt leider Grund zu der Annahme, daß sich daran auch künftig nichts Grundsätzliches ändert, von Schönheitskorrekturen vor den Wahlen abgesehen. Ich achte nicht nur den Mut von Prof. Butterwege, aus Protest gegen die Agenda 2010 aus der SPD auszutreten sondern gemeinsam mit der Linkspartei ein Signal für eine alternative Politik gegen das Motto »weiter so« und den Rechtspopulismus zu senden.

Dr. HELMUT KOCH

Zeit für einen Wechsel?

Eberswalde hat seit 1990 den dritten Bürgermeister. Zwei mußten schon vorzeitig ihren Hut nehmen, der erste nach fünf Jahren, der zweite nach elf Jahren. Der dritte ist inzwischen seit zehn Jahren im Amt. Zeit für den Wechsel?

Spätestens seit die Märkische Oderzeitung am 25. November titelte, »Bürgermeister stellt Vize frei«, werden sich viele politisch bewußte Eberswalder die Frage stellen, ob ein Wechsel des Dezernenten Bellay Gatzlaff oder gar ein Wechsel des Bürgermeisters Friedhelm Boginski nötig ist. Freigestellt wurde zunächst Bellay Gatzlaff. Im vorliegenden Fall ist die »Freistellung« als Teil der Disziplinierung bzw. Vorbereitung einer Entlassung zu verstehen.

Bürgermeister Friedhelm Boginski hatte Bellay Gatzlaff der Stadtverordnetenversammlung zur Wahl als Dezernenten und seinem allgemeinen Stellvertreter vorgeschlagen. Das war Ausdruck der Wertschätzung und für dessen Kenntnisse und Erfahrungen. Gewiß sah der Bürgermeister auch weitgehende Übereinstimmungen mit seinen Zielen der Stadtentwicklung und dem Weg zu deren Erreichung.

Ging diese Übereinstimmung verloren? Haben sich die Ziele beim einen oder dem anderen geändert? Nach bisher bekannten Äußerungen sind vordergründig atmosphärische Störungen und weniger inhaltliche Differenzen zu vermuten. Vielleicht ist es auch der lange unter der Decke gehaltene Streit fachlicher Kompetenz auf der einen Seite und Geltungsbedürfnis des »Schulmeisters« auf der anderen.

Wer die Entwicklung hinreichend kennt, wird Boginskis Reaktion als überzogen und ungerecht beurteilen. Die fortgeschrittene Eskalation des Streits läßt eine Lösung außer Sichtweite geraten. Dafür fehlt dem Bürgermeister auch das nötige Demokratieverständnis. Dieses läßt sich auf die Formel bringen: »In der Demokratie gibt es viele Meinungen, aber meine Meinung gilt«. Erst in der November-Stadtverordnetenversammlung gab mir der Bürgermeister auf meine Einwohnerfrage zur Antwort, ich solle meine Zweifel an seiner Arbeit doch die Kommunalaufsicht prüfen lassen.

Wenn es keine Übereinkunft geben kann, muß einer der beiden – oder auch beide – gehen. Im Falle des Dezernenten entscheiden das die Stadtverordneten, im Falle des Bürgermeisters die Wähler. Die Stadtverordneten müssen dabei auch beachten, daß es nicht nur einen Konflikt zwischen Bürgermeister und Dezernent gibt, sondern daß dahinter auch ein Konflikt Bürgermeister – Verwaltung besteht.

Mehr noch als die »atmosphärischen Störungen« müssen die Inhalte der Kommunalpolitik beachtet werden. Eine Betrachtung der im Bürgermeisterwahlkampf erklärten Ziele von Bürgermeister Boginski zeigt, daß er seinen Versprechungen nicht gerecht geworden ist.

Wo ist die von ihm anvisierte »neue Bürgergesellschaft in Eberswalde«? Die Bürgerinnen und Bürger von Eberswalde sollten vom »Regierten zum Beteiligten« werden. Er wollte, »neue Wege für die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Po-

litik, Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern gehen. Verwaltung und Politik müssen transparent, offen, ehrlich, bürgernah und vorausschauend handeln.« (alles aus Boginskis Wahlprogramm). Damit sollte der Politikverdrossenheit entgegengewirkt und das Bürgerengagement erhöht werden. Tatsächlich aber wurde die Bürgerbeteiligung beim Bürgerhaushalt ausgebremst und mit dem Bürgerbudget zur Farce. Statt Einbeziehung der Bürger wird permanent Ausgrenzung praktiziert. Statt Transparenz und Öffentlichkeit werden immer neue Diskussions- und Entscheidungsveranstaltungen erfunden, um die Öffentlichkeit auszuschließen, wie nichtöffentliche Klausurtagungen, Informationsveranstaltungen oder Workshops, zuletzt im Oktober die »Denk- und Diskussionsveranstaltung« zum Satzungszweck der WHG.

Die kommunalen Unternehmen erfüllen zwar kommunale Aufgaben, handeln jedoch wie private Gesellschaften. Der Bürgermeister ist alleiniger Vertreter der Stadt, er bestellt den Geschäftsführer und ist Mitglied des Aufsichtsrates – bei der WHG sogar dessen Vorsitzender. Anträge in der StVV, dem Kommunalrecht auch in diesen Gesellschaften Geltung zu verschaffen, stießen beim Bürgermeister auf taube Ohren. Bedauerlicherweise wurde der Bürgermeister hier von seinem Stellvertreter unterstützt, sei es aus Treue gegenüber dem Chef oder wegen inhaltlicher Übereinstimmung.

Ein wesentlicher Mangel der Kommunalpolitik in Eberswalde besteht in der fehlenden Ausrichtung auf das Gemeinwohl der Bürger und Bürgerinnen, wie es das Gesetz verlangt. Dafür fehlt offensichtlich das nötige Verständnis bei Stadtoberen und Stadtverordneten. Die Gemeinwohlverpflichtung kann nicht auf die Stadt allgemein beschränkt sein. Stadtpolitik muß auch das unmittelbare Wohl der Bürger der Stadt zum Inhalt haben. Das war u.a. eines der Ziele, mit dem 2011 die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft angestrebt wurde. Die Chance, günstigere energetische Lösungen für die Stadt und niedrigere Preise für die Bürger zu erreichen, wurde vertan. Der damals gegründete Energieausschuß wurde am 24.11. aufgelöst. Über die Energiekosten bestimmen weiter die Energiemonopole und die WHG reicht sie an die Mieter durch, ohne ihre treuhänderische Verantwortung für ihre Mieter wahrzunehmen. Effektivere Energielösungen kommen nicht zur Anwendung.

Wollen die Stadtverordneten die anstehenden Probleme ausräumen, werden sie nicht umhin kommen, die Eberswalder Kommunalpolitik insgesamt zu hinterfragen. Für Korrekturen braucht es die entsprechenden Köpfe und ein Kräfteverhältnis innerhalb der StVV, das Veränderungen erlaubt.

ALBRECHT TRILLER

Fragen zur Walzwerkstraße:

Baustelle ohne Ende

Finowfurt (bbp). Seit dem Frühjahr ist die Walzwerkstraße im Ortsteil Finowfurt der Gemeinde Schorfheide für den Verkehr gesperrt. Seit dem Sommer wird dort auch gebaut. Die Straße wurde aufgerissen, das Pflaster entfernt. Eigentlich sollten die Arbeiten des zweiten Bauabschnitts bis zum Herbst erledigt sein. Inzwischen steht der Winter vor der Tür und die Straße ist immer noch eine Baustelle. Die Anwohner, die noch im vergangenen Jahr mit ihren Protesten von der Gemeinde gefordert hatten, auf den Straßenbau generell zu verzichten (BBP 6, 7 und 8/2015), leiden nun schon seit Monaten unter den Nachteilen der Baumaßnahme. Sie kommen nicht von ihren Grundstücken, müssen ihre Autos irgendwo fernab parken. Besonders betroffen sind gehbehinderte Menschen, die mit ihren Rollis nur schwer die Sandwüste vor ihrem Haus überwinden können. Pflegedienste müssen lange Fußwege zurücklegen, um ihre Kunden zu betreuen. Es gab schon vereinzelt Ankündigungen, daß Pflegedienste die Betreuung kündigen wollen, weil sie den zusätzlichen Aufwand nicht mehr tragen können.

Vor diesem Hintergrund wandten sich mehrere Anwohner an den Gemeindevertreter Dr. Andreas Steiner. Der gab die Fragen an die verantwortliche Bauamtsleiterin Manuela Brandt weiter und bat zur Sitzung des Schorfheider Bauausschusses am 6. Dezember um Antworten und schriftliche Stellungnahme. Die Fragen lauten:

Wie und von wem werden die durch verzögerten Bauablauf und Fehlplanungen verursachten Mehrkosten dokumentiert?

Wann erhalten die Anwohner eine Information über die Mehrkosten (Grund und Höhe)?

Welche Sanktionen hat die Gemeinde als Auftraggeber für den Fall von Abweichungen vom Vertrag, die es zweifellos gibt, vereinbart?

In welcher Höhe hat die Gemeinde bereits jetzt Regressforderungen, die zweifellos berechtigt sind, geltend gemacht?

Wie wirken sich diese Zahlungen auf die Höhe der Ausbaubeiträge aus, die von den Bürgern gefordert werden?

Wer trägt die zusätzlichen Kosten, welche den Anwohnern durch die extreme Überschreitung aller Fristen und Termine entstanden sind? Welche Angebote an die Anwohner werden diesbezüglich gemacht?

Was hat die Gemeindeverwaltung unternommen, um gesetzwidrige Zahlungen für die Erneuerung der Trinkwasseranschlüsse an den ZWA zu unterbinden und was gedenkt die Verwaltung zu unternehmen, die von den Bürgern widerrechtlich geforderten Beiträge zurückzuerstatten?

Welche Schlußfolgerungen hat die Gemeindeverwaltung gezogen aus der Tatsache, daß sie hier ein Unternehmen beauftragt hat, das offensichtlich nicht in der Lage ist, vertragsgetreu und professionell zu arbeiten?

Antwort ohne Antwort

Eberswalde (bbp). Der Vorbericht der Haushaltssatzung soll entsprechend § 10 KomHKV (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung) »einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der kommunalen Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage« geben. Wie die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde feststellte, ergibt sich aus dem Gesamtplan zum Ende der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung ein Kassendefizit in Höhe von 5,8 Millionen Euro.

»Das heißt, der Stadt Eberswalde droht im Verlauf des Jahres 2021 die Zahlungsunfähigkeit.« Im Vorbericht gebe es jedoch keinerlei Hinweise darauf. Finanz- und Verwaltungsdzernentin Petra Stibane und Kämmerer Sven Siebert gaben im Rahmen der Haushaltsberatung im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (AWF) am 10. November »lediglich sehr stark im Konjunktiv gehaltene mündliche Hinweise«. Die Dezernentin sagte laut Niederschrift: »würde die Stadt so weiter planen, ... müßte sich die Frage gestellt werden, ob sich die Stadt wieder fremdkapitalisieren muß«. Mit den Grundforderungen nach Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit haben solche im Konjunktiv gehaltenen Aussagen wenig zu tun, meint die Fraktion und fragte danach, warum »entgegen § 10 KomHKV diese wichtigen Informationen über den Stand und die Entwicklung der kommunalen Finanzlage im Vorbericht nicht enthalten« sind.

Petra Stibane und ihr Kämmerer antworteten zur AWF-Sitzung am 1. Dezember sogleich und mit langer Rede, die aber letztlich nur in umständlichen Formulierungen die Aussagen der Frage wiederholte. Die Frage selbst, warum nicht bereits im Vorbericht nachvollziehbar auf das 2021 drohende Loch in der Stadtkasse hingewiesen wird, blieb indes unbeantwortet.

Neujahrsempfang teurer

Eberswalde (bbp). In der Stadtverordnetenversammlung am 24. November wurde u.a. darüber informiert, daß es nicht nur beim Stadtfest FinE 2016, sondern auch beim Neujahrsempfang am 16.01.2016 zu einer erheblichen Budgetüberschreitung gekommen ist. Statt der geplanten 13.500 € wurden 21.000 € ausgegeben.

Das sind Mehrkosten von 56 %, stellt die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde fest. Da sich solche Budgetüberschreitungen häufen, entstehe der Verdacht, »daß es sich hierbei um die übliche Praxis bei der direkten Zusammenarbeit von Bürgermeisterbereich und Kulturamt handeln könnte«.

Um hierzu Klarheit zu erhalten und die Planzahlen im Haushaltsentwurf 2017/2018 richtig bewerten zu können, bat die Fraktion im Rahmen der Haushaltsdiskussion »um die Vorlage einer tabellarischen Aufstellung zum jeweils geplanten Budget und den schließlich tatsächlich angefallenen Ausgaben für die Neujahrsempfänge der vergangenen 10 Jahre«.

»Wünsch Dir was« im Haushaltsplan

Zahlreiche Änderungsanträge zum Eberswalder Haushalt 2017/2018

Eberswalde (bbp). Es ist Weihnachtszeit. Zeit für »Wünsch Dir was« - wenn auch nicht mehr mit Irmgard Düren. Dafür aber mit den Fraktionen im Eberswalder Stadtparlament. Zumindest einigen. Alljährlich werden kurz vor dem Finale der Haushaltsberatungen zahlreiche Geschenkpakete geschnürt, mit denen vorrangig das jeweiligen Klientel der hinter den Fraktionen stehenden Parteien bedient wird. Wobei viele der Wünsche selbstverständlich nachvollziehbar und auch für die Allgemeinheit nützlich sind.

Spitzeneinreicher ist in diesem Jahr die CDU-Fraktion mit bislang 7 Wunschzetteln, die allesamt Ende November vor-, aber in der Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses am 1. Dezember nicht auf dem Tisch lagen. Das wurde von mehreren Ausschußmitgliedern, insbesondere GÖTZ TRIELOFF (FDP) und MICHAEL JAUER (sachkundiger Einwohner), scharf kritisiert. Immerhin geht es um ein Volumen von 160.100 € und kumulierte Mehrausgaben in Höhe von 29.900 €.

Im Einzelnen geht es um Zuschüsse für ein Innenstadt-City-Management (30.000 €) und das Brandenburgische Konzertorchester (10.000 €), die Gestaltung der Stadteingänge (30.000 €), einen Verfügungsfonds für kleinteilige Maßnahmen anlässlich der Jubiläen 90 Jahre Finow und 100 Jahre Wasserturm (5.000 €) sowie um Änderungen beim Bürgerbudget (10.000 € für kleinteilige Maßnahmen), geringere Ausgaben für das Stadtfest (55.000 statt 80.000 €) und den Verzicht auf den Ankauf von Kunstgegenständen (20.100 €).

Auch drei Änderungswünsche der Fraktion DIE SPD gingen am Finanzausschuß vorbei. Dabei geht es um jährlich 1.200 € für das Frauenhaus in Eberswalde und zusätzliche 9.000 € für die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark, davon 5.000 € für die Geschäftsstelle und 4.000 € für die Personalstelle der Freiwilligenagentur. Finanziert werden soll beides zulasten der nach dem Beschluß »Eberswalde handelt« bisher für »Maßnahmen für Flüchtlinge und Asylbewerber« vorgesehenen Gelder. Eine förmliche Aufhebung des Beschlusses »Eberswalde hilft« gab es indes bislang nicht. Beim dritten Vorschlag geht es um 5.000 € für die »allgemeine Aufwertung sowie zur Verbesserung der Nutzungs- und Aufenthaltsqualität an der Skater- und BMX-Anlage im Brandenburgischen Viertel«. Zwei weitere Anträge sollen die Gründung einer Netzgesellschaft Strom vorbereiten. Dabei ging es lediglich um ein Vorziehen ohnehin geplanter Maßnahmen. Nach Rücksprache mit dem Beteiligungsmanager ANDY HAB verzichteten die Fraktionsvertreter im Finanzausschuß darauf.

Eine Verstärkung der Sozialarbeit mit Flüchtlingskindern will DIE LINKE erreichen. Dafür sollen in den nächsten beiden Jahren insgesamt 25.000 € aus dem Maßnahmefonds »Eberswalde handelt« verwendet werden. Ihren ursprünglichen Änderungsantrag, zusätzlich 50.000 € dafür in den Haushalt einzustellen, hatte die Fraktion nach Rücksprache mit der Verwaltung geändert. Insoweit gibt es am Haushalt ungeachtet des zustimmenden Votums im Finanzausschuß keine Änderung.

Die zehnprozentige Erhöhung der Verkaufspreise von Wohngrundstücken, die von der Stadt erschlossen wurden, ist ein weiterer Vorschlag der LINKEN. Damit soll künftig in der Preiskalkulation der Aufwand eigener Ressourcen, wie die Arbeitszeit von Verwaltungsmitarbeitern, berücksichtigt werden. DIE LINKE hält diese Preiserhöhung im Wohnbaumarkt für durchsetzbar. Während hier Mehreinnahmen erwartet werden, geht es beim dritten Vorschlag um 10.000 €, die zusätzlich im Bürgermeisterbereich zur Verfügung stehen sollen, um damit Plakatvordrucke auf Vorrat anzuschaffen, die dann im Falle von Demonstrationen von Nazis oder anderer fremdenfeindlicher Gruppen zur Mobilisierung von Gegenveranstaltungen genutzt werden können.

Mit einem Vorschlag für schärfere Budgetregeln beteiligt sich die Bürgerfraktion Eberswalde an der Haushaltsdiskussion. Die Fraktion bemängelt die Praxis der Ermächtigungsübertragungen von einem auf das nächste Planjahr. Allein von 2015 auf 2016 gab es solche Übertragungen in Höhe von fast zehn Millionen Euro, was entsprechend die Liquidität im neuen Haushaltsjahr belastet. Dies erschwere »zunehmend eine solide Haushaltsplanung« und verhindere »eine klare Einschätzung der finanziellen Möglichkeiten der Stadt Eberswalde«.

Auch die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde legte zwei haushaltsrelevanten Vorschlag vor. In separaten Beschlußvorlagen fordert die Fraktion eine höhere Stundenzahl für Sozialarbeit an den städtischen Grundschulen. Die beiden halben Stellen an der Grundschule Finow und der Bruno-H.-Bürgel-Schule sollen jeweils auf volle Stellen erweitert werden. Damit würde jede der drei städtischen Grundschulen über einen Sozialarbeiter in Vollzeit verfügen. Mit ihrem zweiten Vorschlag regt die Fraktion in direkter Bezugnahme auf das Maßnahmepapier aus dem Beschluß »Eberswalde handelt« die »Schaffung einer Vollzeitstelle für Jugendsozialarbeit/Streetworking mit interkultureller und Sprachkompetenz« an. Die Realisierung der beiden Vorschläge würde circa 70.000 Euro kosten und könnte, so die Anregung der Fraktion, durch den Verzicht auf eine Neubesetzung der Amtsleiterstelle für das Hauptamt gegenfinanziert werden. »Die aktuell praktizierte kommissarische Leitung durch den Leiter des Rechts- und Personalamtes«, formuliert die Fraktion in der Sachverhaltsdarstellung, »funktioniert sehr gut. Dem Bürgermeister ist es gelungen, hier eine überaus kompetente und über hohe Sachkunde verfügende Person als Amtsleiter einzusetzen.«

Änderungsantrag zum Haushalt der Stadt Eberswalde:

Den Weg in die Pleite versperren

Alternatives Wählerbündnis Eberswalde fordert ein Zurück zum Einjahreshaushalt

Eberswalde (bbp). Der weitgehendste Änderungsantrag zum Haushalt 2017/2018 stammt von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde. Sie schlägt vor, den Beschluß zur zweijährigen Haushaltsplanung aufzuheben und nur eine Haushaltssatzung für das Jahr 2017 mit einer mittelfristigen Finanzplanung von 2016 bis 2020 zu beschließen. Zugleich ergeht der Auftrag an die Stadtverwaltung, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um zukünftig eine ausgeglichene mittelfristige Finanzplanung zu erreichen. Zum Umsetzungsstand der Maßnahmen soll die Stadtverwaltung alle zwei Monate im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen sowie halbjährlich im März und September in der Stadtverordnetenversammlung berichten.

Die Fraktion begründet die drastische Abkehr von der gerade erst beschlossenen Zweijahresplanung mit dem Zahlungsmittelabfluß zwischen 2017 und 2021 in Höhe zwischen 6,7 und 8,2 Millionen Euro pro Jahr. Dies bedeute, »daß der Kassenbestand Ende 2021 einen negati-

ven Saldo von 5,8 Millionen Euro aufweist und die Stadt Eberswalde zahlungsunfähig sein wird«. Ursache seien u.a. »der jährlich mit Defiziten zwischen 1,7 und 2,9 Millionen Euro geplante Ergebnishaushalt, womit die angesammelten Rücklagen restlos aufgebraucht werden«. Die jährlichen Defizite und das geplante Kassen-Minus im Jahr 2021 widersprechen der Kommunalverfassung (§§ 72 und 76).

Damit werde ein Haushaltssicherungskonzept notwendig, das durch die Kommunalaufsichtsbehörde zu genehmigen ist. »Dies führt zu einer erheblichen Einschränkung der Möglichkeiten kommunaler Selbstverwaltung und sollte daher dringlichst vermieden werden. Die Aufhebung des Beschlusses für die zweijährige Haushaltsplanung 2017/2018 ermöglicht die Beschlußfassung eines durch die Kommunalaufsicht genehmigungsfähigen Haushalts 2017. Zugleich erschließen sich Spielräume, ohne ein formelles Haushaltssicherungskonzept die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Haushalt der Stadt Eberswalde auch künftig ausgeglichen und damit der Kommunalauf-

Werkstatt II:

Zukunft Familiengarten

Eberswalde (bbp). Zur »Werkstatt II: Zukunft Familiengarten« lädt die Eberswalder Verwaltungs- und Finanzdezernentin Petra Stibane alle ein, die gemeinsam mit der Stadtverwaltung ihre Wünsche und Visionen für die zukünftige Strategie des Familiengartens in Eberswalde einbringen möchten. Die Werkstatt findet am Dienstag, den 10. Januar 2017, 18 Uhr statt, voraussichtlich wieder in der Stadthalle im Familiengarten. Nach der ersten Werkstatt im September und der Sichtung zahlreicher Unterlagen entwarf das beauftragte Büro ein Leitbild, das in der Werkstatt II diskutiert und bewertet werden soll.

Anmeldung bis 23.12. unter Tel. 0355/2909015 oder eMail pinkepank(at)inik.eu.

sicht gegenüber als nicht genehmigungspflichtig darstellen zu können.«

Damit werde ermöglicht, »die Handlungsmöglichkeiten und den Gestaltungsspielraum der Stadt Eberswalde langfristig und unabhängig von den möglicherweise nur kurzfristigen Zielen der Personen, die gerade an der Spitze der Stadtverwaltung stehen, aufrechtzuerhalten«.

Grundschule Bruno-H.-Bürgel:

Sanierung an St. Nimmerlein

Ein Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklung?



FOTO: JÜRGEN GRAMZOW

Im Jahre 2002 fand in Eberswalde die 2. Landesgartenschau (Laga) statt. Es wurde ein rauschendes Fest und ein großer Erfolg für den damaligen Bürgermeister Reinhard Schulz. Er wurde 2003 mit großer Mehrheit wieder ins Amt gewählt. Drei Jahre später war er abgewählt.

Tatsächlich war die Laga einer der Sargnägel, die den städtischen Haushalt in den Ruin trieben. Der damalige Finanzdezernent Lutz Landmann hatte bereits 1998 klar gemacht, daß die Durchführung der Laga mit einem »eisernen Sparkurs« verbunden sei (*Bürgerinitiative 25. Juni: Der Versuch einer Bilanz – Die Bilanz eines Versuches. Acht Jahre Bürgermeister Reinhard Schulz, Eberswalde 2003*), nicht zuletzt zulasten der Kitas und Schulen.

Die Stadt rettete sich vor der Pleite, indem sie ihr »Tafelsilber« verhöckerte. Der Verkauf der Stadtwerke brachte wieder Geld in die Kasse. Schulz' Nachfolger Friedhelm Boginski konnte zudem von einer geänderten Landespolitik profitieren, die den Kommunen mehr Geld in die Kassen spülte. Nach dem »eisernen Sparkurs«, so war der Konsens, sollte in den nächsten Dezennien die Sanierung der bislang ver-

nachlässigten Kitas und Schulen in der Liste der städtischen Prioritäten ganz vorn stehen.

Das wurde in den vergangenen Jahren auch nach und nach realisiert. Eine ganze Reihe von Kitas haben inzwischen die Grundsanierung durch. Von den drei in städtischer Trägerschaft verbliebenen Schulen kam zuletzt die *Grundschule Schwärzesee* in den Genuß der Runderneuerung. Kosten wurden nicht gescheut. Voller Stolz spricht Bürgermeister Boginski immer wieder von der modernsten städtischen Schule (wobei freilich nur die in städtischer Trägerschaft gemeint sind).

Die *Bruno-H.-Bürgel-Grundschule* war als nächste an der Reihe. Zunächst mußte die »Bürgel« allerdings erst einmal der nicht mehr aufschiebbarer denkmalgerechten Sanierung des Rathauses den Vortritt lassen, nachdem zuvor schon das Bürgerbildungszentrum »Ama-

deu Antonio« mit gut doppeltem Investitionsumfang im Vergleich zur Schwärzeseeschule zu einer Perle der stadteigenen Immobilien wurde, auf die der Bürgermeister, einst als Schulleiter in dem Gebäude tätig, stolz ist.

In den ersten Planungen zum Haushaltsentwurf 2017/18 waren für die Bürgel-Schule noch rund drei Millionen Euro, verteilt auf die Jahre 2019 bis 2021, im mittelfristigen Investitionsplan verzeichnet. Anfang November erhielten die Stadtverordneten ohne weiteren Kommentar Austauschblätter. Im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) informierte etwa zeitgleich Hochbauamtsleiter Bert Bessel über die geplanten Baumaßnahmen an der Schule. Allerdings ohne den Hinweis, daß sich die Grundsanierung ins nächste Jahrzehnt bis 2030 verschiebt. Kämmerer Siebert bewertete diese Information auf Nachfrage im Finanzausschuß am 1. Dezember als »ausreichend«.

Nur wer genauer nachschaute und die Zahlen im Austauschblatt mit der ursprünglichen Aufstellung verglich bemerkte, daß für die Bürgel-Schule in den drei genannten Jahren nur noch Summen von 140.100 bis 340.000 Euro vorgesehen sind. Das reicht für die dringenden Reparaturen, aber nicht für die einst geplante Grundsanierung.

Still und heimlich geht hier offensichtlich ein Paradigmenwechsel in der städtischen Investitionspolitik über die Bühne. Es wird eine Änderung grundlegender Strategien vollzogen – ohne daß darüber in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung auch nur ansatzweise diskutiert wird.

GERD MARKMANN

(Mehr dazu, worin die neuen Prioritäten möglicherweise bestehen, in der nächsten BBP)

Anfrage zur Borsighalle

Eberswalde (bbp). In einer Information der lokalen Tageszeitung über den Beginn von Arbeiten zur Sanierung der Borsighalle ist davon die Rede, daß allein die erste Etappe der Sanierung ein Volumen von knapp 660.000 Euro habe (MOZ, 24.11.2016). Eine Beschlußfassung zur Vergabe entsprechender Leistungen erfolgte am 22. September im Hauptausschuß, der laut § 9 der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde über Angelegenheiten in einem Wertumfang von 50.000 Euro bis einschließlich 500.000 Euro entscheidet. Wie Carsten Zinn von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde feststellt, enthalten die Beschlußunterlagen keine Informationen darüber, auf welcher Grundlage der Vergabebeschluß gefaßt wurde. Darauf bezugnehmend bat die Fraktion den Bürgermeister zur Stadtverordnetenversammlung am 15. Dezember um Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es einen Grundsatzbeschluß der Stadtverordnetenversammlung zur Baumaßnahme »Sicherung und Inwertsetzung der Borsighalle in Eberswalde«?

Wenn ja – wann wurde der Beschluß gefaßt?

2. Entspricht es dem üblichen Verfahren, daß Baumaßnahmen, deren Wertgrenzen den Umfang von 500.000 Euro überschreiten, in Einzellose zerlegt werden, die dann infolge des geringeren Wertumfanges statt von der Stadtverordnetenversammlung vom Hauptausschuß oder vom Bürgermeister als Geschäft der laufenden Verwaltung entschieden werden?

3. Gibt es ein Nutzungskonzept zur Borsighalle für die Zeit nach Fertigstellung der Baumaßnahme?

4. Erfolgte eine Ermittlung der Folgekosten?

Wenn ja – wann wurden die ermittelten Folgekosten den Stadtverordneten vorgelegt? Wenn nein – ist es richtig, daß in diesem Fall ein Verstoß gegen § 16 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) vorliegt?

5. War zum Zeitpunkt der Beschlußfassung im Hauptausschuß am 22.09.2016 bekannt, daß der Stadt Eberswalde entsprechend dem Entwurf der HH-Satzung 2017/2018 mittelfristig die Zahlungsunfähigkeit droht?

Wenn ja – sind die Hauptausschußmitglieder davon vor der Abstimmung in Kenntnis gesetzt worden?

Neuer Fraktionsvorstand

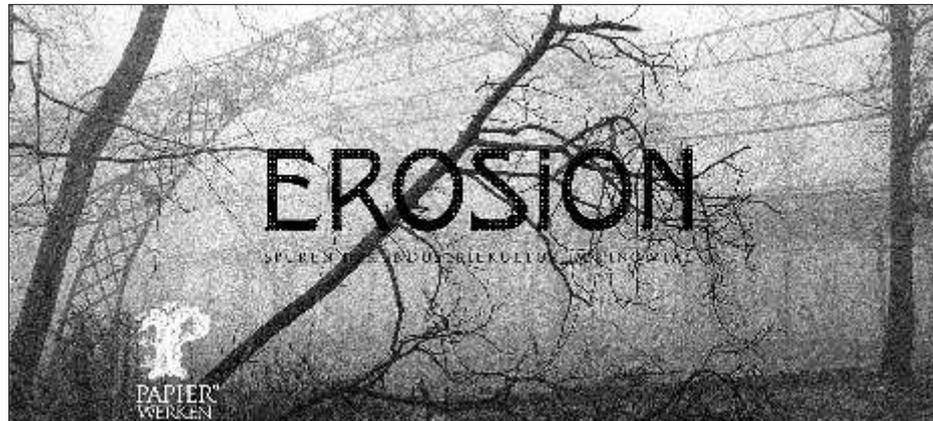
Bernau (cr). Die Bernauer Linksfraktion hat am Dienstag turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt. Die langjährige Fraktionsvorsitzende Dr. DAGMAR ENKELMANN wurde im Amt bestätigt. Für die zweite Hälfte der Wahlperiode wird sie von DOMINIK RABE vertreten. Die bisherigen Stellvertreter CHRISTINE POPPITZ und CHRISTIAN REHMER traten aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Wahl an.

Dagmar Enkelmann wurde einstimmig gewählt, Dominik Rabe erhielt 7 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Spuren der Industriekultur im Finowtal

Eine Buchlesung mit HANS JÖRG RAFALSKI

Zu einer vorweihnachtlichen Buchvorstellung lädt der Verein Unser Finowkanal e.V. alle am industriekulturellen Erbe unserer Region interessierten Anwohner, Freunde und Förderer des Finowkanals ein.



Noch vor einhundert Jahren lebten Tausende von Mitarbeitern der großen Industriebetriebe im Finowtal von den Erzeugnissen der hier ansässigen Industrie. Heute künden die Reste der Bauwerke aus der Pionierzeit der deutschen Industrialisierung von der einstigen Bedeutung unserer Region. Die zentrale Rolle spielte hierbei der Finowkanal für den Transport von Rohmaterialien und Fertigprodukten.

Der Niederfinowener Grafiker und Buchautor HANS JÖRG RAFALSKI, Enkel des Eberswalder Gießereigründers Bernhard Falk, zelebriert mit seinem Buch den Ursprung der industriellen Bedeutung des Finowtals und verweist zugleich auf die immensen Verluste durch die Vernachlässigung solcher Industriebauten wie dem Waggonaufzug der Firma Borsig, der Papierfabrik mitsamt den Resten der einstigen Büttenproduktion und des Areals der Eisengießerei Budde & Göhde, deren industrielles Erbe heute nur noch in den Kanaldeckeln Eberswaldes sichtbar bleibt.

Der Autor schreibt: »Zwei Jahre habe ich in das Projekt investiert, ein Buch über das zu schreiben, was mich seit einem halben Jahrhundert umgibt: die Industriesphäre im Finowtal. Sie ist nun beinahe ein Totalverlust und so

kam ich auf die Idee, ein bißchen angefeuert vom Enthusiasmus des Vereins Unser Finowkanal, meinen lebenslänglichen Wunsch, einmal Bücher zu schreiben [...] mit dem Inhalt, von dem ich ein bißchen weiß, zu verknüpfen. Ich wollte dokumentieren, was wir verloren haben und nahezu täglich noch weiter verlieren: wesentliche Bruchstücke unserer Vergangenheit, unseres kollektiven Gedächtnisses, unserer Identität.«

Gern können Sie sich vorab in den Webseiten rafalskikommunikation.com und papierwerken.com über die Arbeit von Hans Jörg Rafalski informieren. Das Buch ist am Abend käuflich zu erwerben – ein edles Weihnachtsgeschenk!

Die Buchlesung findet am Mittwoch, dem 14. Dezember, in der Kinder- und Jugendakademie, Kupferhammerweg 34, statt. In diesem Gebäude befand sich einst die Verwaltung der Märkischen Eisengießerei. Um 18 Uhr bieten wir eine Führung durch die ehemalige Modelltischlerei. Die Buchlesung beginnt um 18.30 Uhr. Für vorweihnachtliche Stimmung ist mit Glühwein und Gebäck gesorgt.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT und ATTILA PASZTOR, Unser Finowkanal e.V.

Barnimer Jusos ziehen Parteitagbilanz

Der Parteitag der SPD Barnim am 5. November ist für uns JUSOS sehr gut gelaufen. Es wurden nicht nur vier Jusos mit besten Wahlergebnissen in den Unterbezirks-Vorstand gewählt, sondern auch alle Anträge von uns beschlossen. Der für uns wichtigste Beschluß sieht vor, daß alle Schülerinnen und Schüler im Barnim ein Schulticket bekommen, egal wie weit sie von der Schule entfernt wohnen...

Außerdem hat der SPD-Parteitag unserem Antrag zur Einführung des Förderprogramms »Demokratie leben« einstimmig angenommen. Sollte der Eigenanteil i.H.v. 5000 € in den Haushalt des Landkreises eingestellt werden, so können Fördermittel des Bundes beantragt

werden, die Projekten gegen Rechts, der Demokratieerziehung und der Stärkung der Zivilgesellschaft im Barnim dienen. (vgl.: www.demokratie-leben.de). Zum Schluß haben wir einen Initiativantrag zur Reform der Antragskommission auf Landesparteitagen durchgesetzt. Damit soll deren Einfluß geschmälert und mehr inhaltliche Debatte auf den Parteitag selbst verlagert werden.

Wir Jusos konnten die inhaltliche und persönliche Ausrichtung der SPD Barnim wie keine andere Organisation mitprägen. Jetzt gilt es, die Beschlüsse auch gut umzusetzen. Das macht Spaß und motiviert für weitere Projekte.

RICA ELLER und FLORIAN GÖRNER

Schamlos hinters Licht geführt

Wie das Wirtschaftsministerium (MWE) mit Landtag und Öffentlichkeit umgeht

Am 27.4.2016 hat die Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat im Wirtschaftsministerium in Potsdam (MWE) eine Resolution der Städte Angermünde und Eberswalde, der Ämter Biesenthal-Barnim, Joachimsthal und Britz-Chorin-Oderberg, der Gemeinden Landin und Chorin und des NABU-Brandenburg übergeben, in der vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.1.2016, den Planfeststellungsbeschuß für die 380kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen für rechtswidrig und nicht vollziehbar zu erklären, an den Ministerpräsidenten appelliert wurde, sich für eine Novellierung des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) einzusetzen und einen runden Tisch zur Lösung des Konflikts einzuberufen.

Die Unterzeichner der Resolution sind der Meinung, daß es höchste Zeit für eine Kursänderung ist, daß die Landesregierung die Dinge nicht weiterhin allein 50 Hertz überlassen könne, sondern umdenken müsse. (Text der Resolution in BBP 5/2016)

Durch die Aufnahme der »Uckermarkleitung« in den Katalog der Pilotprojekte zur Erdverkabelung im EnLAG werde eine Lösung des Konflikts erleichtert, zumal bei der jüngsten Novellierung der Kriterienkatalog für eine Erdverkabelung erweitert worden ist: »Die Kriterien orientieren sich an den bisher in der praktischen Planung aufgetretenen Problemfällen... Neben der weiterhin bestehenden Voraussetzung einer Siedlungsannäherung nach §2 Absatz 2 Satz 1 EnLAG können Erdkabel zukünftig in den Fällen vorgesehen werden, in denen eine Freileitung gegen bestimmte Belange des Naturschutzes..., die dem Arten- und Gebietsschutz dienen, verstoßen« (§2 Absatz 2 EnLAG).

Das MWE tat sich zunächst schwer mit der Resolution, obwohl der Kontext und die Bedeutung der Resolution bei der Überreichung ausführlich erläutert worden sind. Der Sachbearbeiter im MWE konnte nicht sagen, ob und wann er die Resolution dem Ministerpräsidenten überreicht habe. Er versicherte nur, daß die Resolution dem Ministerpräsidenten bekannt sei. Das ist fraglos der Fall, denn der Sprecher der BI hatte den Text bereits im Februar, als er um einen Termin für die Übergabe in der Staatskanzlei ersucht hatte, der Pressesprecherin des Ministerpräsidenten auf deren Bitte hin zugesandt.

Es dauerte sehr lange, bis die Antwort des Ministeriums einging: Man halte eine Initiative des Landes Brandenburg für eine Novellierung des EnLAG für aussichtslos, da in der Begründung der jüngsten Novellierung für die Er-

weiterung der Pilotvorhaben »nicht rechtliche Erwägungen, sondern technische Aspekte« ausschlaggebend waren.

Die naturschutzrechtlichen Aspekte in der Gesetzesbegründung wurden schlicht ausgeblendet und ignoriert (vgl. BT 18/4655 S.3).

Gegen diese tendenziöse und sinnentstellende Darstellung der Gesetzesbegründung wurde sofort durch die BI beim MWE protestiert, aber ohne Erfolg.

Schlimmer noch, in den Antworten auf die Kleinen Anfragen (Nr. 1925 und Nr. 2006) von MARGITTA MÄCHTIG und AXEL VOGEL wurde diese Darstellung wieder aufgetischt (Landtag Brandenburg, Drucksachen 6/4828 und 6/4865). Offensichtlich ist die Staatskanzlei der Meinung, daß man bei der Beantwortung von Kleinen Anfragen aus dem Landtag nicht zur vollen Wahrheit verpflichtet sei.

Daraufhin wurde der Vorgang der Parlamentspräsidentin mitgeteilt. In der Erwartung, daß sich das Parlamentspräsidium mit der Sache befassen und die Landesregierung an die Wahrheitspflicht gegenüber dem Hohen Hause erinnern werde.

Doch der Leiter des Präsidialbüros teilte am 14. November lapidar mit, daß er das Schreiben an alle Fraktionen und die fraktionslosen Abgeordneten weitergeleitet habe, damit diese sich mit dem Anliegen befassen könnten.

Es ist also Sache der Fraktionen und der fraktionslosen Abgeordneten, die Regierung zur wahrheitsgemäßen Beantwortung ihrer Anfragen anzuhalten. In der Geschäftsordnung des Landtags heißt es aber im § 12 (2), die Landtagspräsidentin »wahrt die Würde und die Rechte des Landtags und fördert die Arbeit«.

Darum möchte man schon bitten, denn daß der Landtag durch selektive und tendenziöse Darstellungen aus der Staatskanzlei hinters Licht geführt wird, kann ja seiner Arbeit nicht förderlich sein.

In der Staatskanzlei handelt man anscheinend nach dem Motto: »Die Welt will betrogen sein« und man fragt sich nur noch, weshalb in unserer Presse die Empörung so groß ist, daß die Amerikaner einen schamlosen Lügner ins Weiße Haus gewählt haben, wenn man es in Potsdam auch nicht so genau mit der Wahrheit nimmt.

Früher war es selbstverständlich, daß ein Bundesminister gehen mußte, wenn er das Parlament belogen hatte. Tempi passati!

HARTMUT LINDNER

B 167neu ist keine Lösung

Der Bundestag hat am 2. Dezember mit den Stimmen der Großen Koalition das Ausbaugesetz zum Bau der »B 167 neu« beschlossen. Der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Streichung des Projektes wurde abgelehnt. Die Begründung war, daß der geringe Durchgangsverkehr keine ortsferne Trassenführung rechtfertigt und das Problem des hohen Binnenverkehrs in den Zentren von Finowfurt, Finow und Eberswalde nicht gelöst wird.

Der Bundesrechnungshof hatte zuletzt erhebliche Mängel bei der Berechnung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses (NKV) als zentralem Bewertungskriterium gerügt. So können die Investitionskosten als wesentlicher Bestandteil der Berechnung nicht geprüft werden. Dem Projekt »B 167 neu« wurde ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 10,0 zugeteilt, was Fachleute als extrem hoch ansehen. Das Umweltbundesamt hatte die »B 167 neu« in einer aktuellen Stellungnahme aufgrund der extrem hohen Flächeninanspruchnahme und von Zerschneidungseffekten explizit zur Streichung aus dem Bundesverkehrswegeplan empfohlen.

Auch nach dem Beschluß wird vieles unklar bleiben. Für den 1. Bauabschnitt sind die Einwendungen im Planfeststellungsverfahren noch nicht bearbeitet. Die ersten 13 km der Trasse sollen 54 Millionen Euro kosten, es müßten 27 ha Fläche neu versiegelt werden. Für den 2. Bauabschnitt ist nicht einmal das Planfeststellungsverfahren begonnen worden, die Planungen für 8 km Trasse sind noch unkonkret, die Kosten werden auf 21,9 Millionen Euro geschätzt. Laut Planung soll hier eine Großbrücke das Finowtal und den Finowkanal im Bereich der Ragöser Schleuse überqueren.

In Zukunft sind große Anstrengungen nötig, die bestehende Infrastruktur in ihrer Funktion zu erhalten. Speziell die Kommunen sollten sich gut überlegen ob sie die Baulast für die bestehende B 167 übernehmen wollen und können. Auch wenn es aktuell reale Verkehrsprobleme in der Region gibt, ist die »B 167 neu« nicht geeignet, diese zu lösen. Innerörtliche Alternativen sind nach wie vor möglich. Die realen Kosten werden weit über den geplanten liegen und der erwartete Nutzen wird so nicht eintreten. Auswirkungen auf Natur und Umwelt werden in der Nutzen-Kosten-Rechnung schlicht ignoriert. Der Grundsatz des Verkehrswegeplans »Erhalt vor Neubau« wurde von der Bundesregierung ebenso mißachtet die Verpflichtung aus der Nachhaltigkeitsstrategie, die Neuversiegelung von Flächen zu reduzieren.

Auch wenn es ein Ausbaugesetz gibt, heißt das nicht, daß tatsächlich gebaut wird. Die Planungen im Bundesverkehrswegeplan sind traditionell nicht ausfinanziert. Gebaut wird erst, wenn das Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist und die nächste neu zu wählende Bundesregierung dafür Mittel in den Haushalt einstellt. Realistisch ist damit für 1. Bauabschnitt nicht vor 2020 zu rechnen.

AXEL VOGEL, MdL B90/Die Grünen

Zweifel

Würde die BRD nicht in alle Welt Waffen exportieren, könnten die Terroristen keine Kriege führen. Als Resultat, das ist der Lohn, bekommen wir den Flüchtlingsstrom.

Die Ärmsten haben nicht geglaubt, daß man ihnen hier ihre Würde raubt. Sie werden hin und her und abgeschoben

Kann man dieses »Abendland« loben?

Daran zweifelt

DIE ROTE OMA

Führungskrise

Eberswalde (bbp). Nachdem der damals noch Bildungs-, Kultur- und Sozialdezernent Bellay Gatzlaff im September über die Mehrausgaben beim Stadtfest FiNE 2016 informiert hatte (BBP 10 u. 11/2016), war zur Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 24. November ein extra Tagesordnungspunkt angesetzt worden, in dem darüber ausführlich informiert und diskutiert werden sollte. Inzwischen hatte der Bürgermeister ein regelrechtes Mobbing gegenüber seinem Stellvertreter entfaltet. Wir schreiben in unserer Novemberausgabe: »Die 'Chemie' zwischen dem Bürgermeister und seinem Stellvertreter gilt schon seit dem Herbst 2014 als arg gestört. So offen wie in den vergangenen Wochen wurde das allerdings bisher nicht zelebriert.« Dies war auch der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde aufgefallen. Zum FiNE-Tagesordnungspunkt in der StVV-Sitzung am 24. November stellte Carsten Zinn namens der Fraktion dem Bürgermeister Friedhelm Boginski nachfolgende Frage:

...Mittlerweile gewinnt man den Eindruck, daß es bei den Auseinandersetzungen um das Stadtfest nur am Rande um die eigentliche Sache geht. Statt dessen haben Sie das seit längerem intern bekannte Zerwürfnis zwischen Ihnen und Ihrem Stellvertreter eskalieren lassen.

Die entstandene Situation kann ohne weiteres als Führungskrise bezeichnet werden. Das Zerwürfnis und damit die Führungskrise ist spätestens seit der (laut MOZ) »Degradierung« des Sozial- und Kulturdezernenten und die Schumpfung seines Dezernats auf die Größe eines normalen Amtes allseits in der Öffentlichkeit bekannt.

Das Zerwürfnis zwischen den beiden leitenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung und die daraus folgende Führungskrise ist zweifellos schädlich für die weitere Entwicklung der Stadt Eberswalde. Ein beträchtlicher Image-Schaden ist bereits eingetreten. Die Gefahr weiterer Schäden, einschließlich finanzieller Art, ist groß. Es liegt im öffentlichen Interesse, hier Klarheit zu schaffen und alles Mögliche zu unternehmen, um Schaden von der Stadt abzuwenden. Daher bitten wir Sie, Herr Bürgermeister, und Ihren Stellvertreter Herrn Gatzlaff um aufrichtige Stellungnahme und insbesondere die Beantwortung der Frage, worin die Gründe für das Zerwürfnis bestehen.

Des weiteren bitten wir Sie, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie aus Ihrer Sicht der Konflikt und die Führungskrise im Interesse der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger am besten gelöst werden kann. Wir als Fraktion bieten Ihnen dabei unsere Hilfe und Unterstützung an.

Der Bürgermeister ignorierte die Frage. Lediglich Bellay Gatzlaff nutzte die Gelegenheit, in der nichtöffentlichen Sitzung seine Sicht auf die Dinge darzustellen. Was den Bürgermeister zur sofortigen und fristlosen Entlassung seines Stellvertreters veranlaßte. Am 5. Dezember gab ihm die Mehrheit der Stadtverordneten die dafür nötige Legitimation. Ein Ende der Führungskrise ist damit nicht verbunden.

Habt Mut zum Rechtsstreit!

Entscheidung des Landesarbeitsgerichts: Biosphäre hat jetzt zwei Chefs

Das Landesarbeitsgericht hat am 29.11.2016 das Urteil des Arbeitsgerichts Eberswalde, daß die Umsetzung des Leiters des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin MARTIN FLADE auf eine andere Stelle unrechtmäßig ist, bestätigt.

Dieses Urteil ist nicht nur ein Erfolg für Martin Flade ganz persönlich, sondern es ist für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten in Brandenburg von großer Bedeutung. Entgegen der Auffassung des Landes Brandenburg beinhaltet das Direktionsrecht des Dienstherrn nicht dessen Ermächtigung zu willkürlichen Entscheidungen. Auch der Dienstherr ist verpflichtet, die Interessen und Rechte des Beschäftigten bei seinen Entscheidungen zu berücksichtigen. Zu beachten ist der feine Unterschied zwischen »billigem Ermessen« (§106 Gewerbeordnung) und reiner Willkür.

Daß im LANDESUMWELTAMT das Sensorium für diese Unterscheidung fehlt, ist bezeichnend für den Geist, der dort herrscht. Warum fehlte es innerhalb der Behörde an einer rechtzeitigen Korrektur? Weshalb ist man in die Beru-

fung gegangen, obwohl mit dem Spruch aus Eberswalde die Rechtslage geklärt war? Welche Konsequenzen ergeben sich für das Landesumweltamt aus diesem skandalösen Versagen bei einer sensiblen Personalentscheidung?

Offenkundig ist man dort noch nicht im demokratischen Rechtsstaat angekommen, sondern wähnt sich noch im Obrigkeitsstaat, wo die Beamten bloße Büttel des Dienstherrn ohne eigene Rechte waren. Das Gericht hat durch seinen Spruch keine neue Rechtslage geschaffen, sondern nur geltendes Recht, wie es durch die Gewerbeordnung, das Tarifrecht und die gefestigte Rechtsprechung etabliert ist, angewendet und zur Geltung gebracht.

Es ist schon beunruhigend, wenn eine Behörde des Landes Brandenburg, die an Recht und Gesetz gebunden ist, sich einfach über selbiges hinwegesetzt hat. Das Gericht hat hier eine klare Entscheidung getroffen, die allen Beschäftigten im öffentlich Dienst Mut macht, sich gegen Willkür des Dienstherrn zur Wehr zu setzen.

Habt den Mut zum Rechtsstreit!

HARTMUT LINDNER

**Barnimer Bürgerpost
abonnieren!**

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Telefon: 0 33 34 / 35 65 42

internet: www.barnimer-buergerpost.de

Vorschläge für die WHG

Drei Fraktionen in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung hatten im Juni Fragen zum Geschäftszweck der WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft gestellt. Aufgabe der WHG ist demnach die Versorgung mit Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten für breite Schichten der Bevölkerung. Die Fragen zielten u.a. darauf, wie die Angemessenheit der Mieten, der Verzinsung des Eigenkapitals und der Höhe der Rücklagen bestimmt werde. Eine hinreichende Antwort erfordert die Beschäftigung mit folgenden Themen und gegebenenfalls entsprechende Änderungen im Gesellschaftsvertrag:

1. Der kommunale Charakter der WHG sollte gestärkt werden, um Transparenz und Mitbestimmung zu erhöhen. Die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder ist auf das absolut notwendige Niveau zu beschränken.
2. Gewinnausschüttungen sollten nur in besonders zu genehmigenden Fällen zugelassen sein.
3. Paragraph 2 Absatz 2 sollte nur mit besonderer Ermächtigung (z.B. Beschluß der Stadtverordnetenversammlung) gestattet werden. Es ist zu sichern, daß die Wahrnehmung von Aufgaben nach Absatz 2 nur bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit der Einzelmaßnahme erfolgt. Die Maßnahmen dürfen keine negativen Auswirkungen auf die Erfüllung des

Hauptzweckes der WHG gemäß Absatz 1 haben.

4. Zur Sicherung der Interessen der Mieter ist durch die WHG in Wahrnehmung einer treuhänderischen Pflicht für die Mieter zu gewährleisten, daß Investitionen zum Vorteil der Mieter durchgeführt werden und Verträge mit Versorgern minimale Betriebskosten bewirken.

5. Die im § 2 (4) enthaltene Wohnungsgemeinnützigkeit erfordert eine weitere Untersetzung durch Grundsätze der Wohnungsgemeinnützigkeit, wie beispielsweise:

- Gemeinnützige Unternehmen sind nicht gewinnorientiert.
 - Vermietung der zu errichtenden Wohnungen an sozialbenachteiligte Haushalte zu Mieten unterhalb des Marktniveaus und
 - Zweckbindung der Mittel für die Bewirtschaftung und den Bau neuer Wohnungen.
6. Zur Erhöhung des Einflusses der StVV auf die Geschäftstätigkeit der WHG sollte der Bürgermeister nicht zugleich Aufsichtsratsvorsitzender sein.

7. Der Gesellschaftsvertrag sollte Bestimmungen enthalten, wonach der Bürgermeister als Gesellschaftervertreter die StVV zu informieren bzw. deren Zustimmung einzuholen hat.

8. Der Gesellschaftsvertrag der WHG ist auf der städtischen Website öffentlich zu machen.

ALBRECHT TRILLER



Verschönerung der Ortseingänge

Bezugnehmend auf das Vorhaben der Stadt Eberswalde den Ortseingang Finow attraktiver zu machen, möchte ich mich anlässlich der neu gestalteten Fassade der ehemaligen »Fuhrmanns Ecke«, Eberswalder/Ecke Biesenthaler Straße, zu Wort melden.

Kommt man auf der B167 aus Richtung Finowfurt in unsere Stadt, dann erlebt man auf keinen Fall etwas von dem Slogan »Eberswalde ist bunt«. Zugegeben, bunt muß auch nicht immer schön sein. Aber was dem Besucher an Langeweile und Einfallslosigkeit von den Fassaden her mitgeteilt wird, wirkt keinesfalls begeisternd.

Abgesehen von ein paar Fassaden im Urzustand und etwa genau so viel in graugrünlischen Tönen bietet die Straße von eierschale bis ocker ausschließlich Varianten, die sich in Gelb abspielen. Besonders negativ ist zu be-

merken, daß die Klinkerfassaden, teilweise mit dem tollen einheimischen gelbgrünen Klinkern, mit den Farbtönen auf Putz, Holz u.a. diese Steine nicht betonen, sondern ihre Einmaligkeit verschwinden lassen.

Farben sprechen uns an. Sie vermitteln uns was. Und abgestimmt kann es eine tolle Botschaft sein. Im Moment ist da nichts Erbauliches zu erfahren.

Ich empfehle, wenn der Ortseingang schon auf eine interessante Stadt hinweisen soll, einen Farbenleitplan von einem prädestiniertem Büro für die Fassaden erarbeiten zu lassen. Nach Diskussion und Absegnung durch das Stadtparlament wäre er dann für jedenmann verbindlich. Das ist keine neue Verfahrensweise. Das gibt es schon lange und wird auch vielerorts so praktiziert.

HELMUTH ADAMS, Malermeister

Die Stadtverwaltung antwortet:

Silke Leuschner, Leiterin des Eberswalder Stadtentwicklungsamtes hat inzwischen auf die Anregung von Malermeister Helmuth Adams geantwortet. Es sei »sehr zu begrüßen, daß sich Bürger unserer Stadt für das Erscheinungsbild von Eberswalde interessieren und auch aktiv an der Verbesserung teilhaben möchten.« Allerdings ist das Eigentum in der BRD durch das Grundgesetz geschützt. Somit könne der jeweilige Eigentümer auch über die Gestaltung seines Eigentums entscheiden. »Die Einschränkung dieser Eigentumsrechte darf nur in begründeten Fällen erfolgen«, erklärt die Amtsleiterin. Die Stadtverwaltung arbeite »aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Raumes... Die erforderlichen Maßnahmen, die der Aufwertung des Stadtbildes dienen, werden fachlich und durch die Verwaltung vorbereitet und demokratisch durch die politischen Gremien zur Umsetzung beschlossen.«

Der von Helmuth Adams empfohlene »Farbenleitplans« müßte als örtliche Bauvorschrift erlassen werden, um rechtswirksam zu werden. Dafür gibt es aus Sicht der Stadtverwaltung »keine zwingenden Gründe und es liegt auch nicht die erforderliche rechtliche Voraussetzung dafür vor. Durch diese örtliche Bauvorschrift würden die einleitend angesprochenen Eigentumsrechte unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Außerdem würde hierdurch ebenfalls ein hoher Verwaltungsaufwand erzeugt.«

Es liege vielmehr an den Eigentümern, »ihrer Verantwortung gerecht zu werden und ihren Anteil an der Gestaltung des Erscheinungsbildes der Stadt Eberswalde eigenverantwortlich zu leisten«. Im Übrigen seien Gestaltungs- und Geschmacksfragen oft strittig. Sie persönlich, so Silke Leuschner, halte »eine zurückhaltende, nicht farbintensive Gestaltung von Gebäuden für städtebaulich akzeptabler«. Silke Leuschner empfiehlt dem Malermeister, im Rahmen des bürgerlichen Engagements gemeinschaftlich mit interessierten Bürgern und Eigentümern einen »Farbenleitplan« als Empfehlung zu erstellen und mit interessierten Eigentümern der Immobilien umzusetzen. Die Stadt Eberswalde halte für die Unterstützung derartiger Initiativen das demokratische Mittel des alljährlichen Bürgerbudgets bereit.

Inzwischen hat Helmuth Adams auf die Äußerungen der Amtsleiterin reagiert. Mehr dazu in der nächsten BBP-Ausgabe.

Ein Elferrat für EW

Am 24. November hat die Mehrheit der Eberswalder Stadtverordneten die Auflösung des Ausschusses für Energiewirtschaft (AEW) und die Zusammenlegung der beiden Ausschüsse für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) sowie Kultur, Soziales und Integration (AKSI) beschlossen. Mithin gibt es nun zwei Ausschüsse weniger. Der Vorsitzende der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde nahm dazu wie folgt Stellung:

Unsere Fraktion hatte zunächst überlegt, einen grundlegenden Verbesserungsvorschlag einzubringen. Mit folgendem Inhalt:

1. Alle Ausschüsse werden abgeschafft.
2. Die Stadtverordnetenversammlung tagt nur noch zweimal im Jahr. Immer jeweils am 1. April und am 11. November.

3. In der dazwischen liegenden Zeit übernimmt anstelle der Stadtverordneten ein ELFERRAT – paritätisch besetzt aus Stadtverordneten und Stadtverwaltung unter Beachtung der Frauenquote – die Regierungsgewalt in der Stadt Eberswalde.

Man sich ohnehin des Eindrucks nicht erwehren, daß dies in einigen Bereichen des Eberswalder Rathauses schon jetzt Realität ist und Närrinnen und Narren nicht nur zwischen dem 11.11. und Rosenmontag das Sagen haben.

4. Statt Einjahres- oder Doppelhaushalte werden für Eberswalde die bewährten Fünfjahrespläne reaktiviert.

Doch Spaß bei Seite und zum traurigen Ernst des Tages und des fortgeschrittenen Abends. Die Stadtfraktion DIE LINKE zeigte sich einmal mehr als Retter der Verwaltung, indem sie deren fehlerhafte Beschlußvorlage zur Abschaffung von Ausschüssen durch eigene Anträge ersetzte. Nun, wenigstens werden keine rechtswidrigen Beschlüsse fabriziert. Immerhin. Aber daß sich DIE LINKE auf diese Weise zum Steigbügelhalter der Verwaltungsspitze macht, enttäuscht.

Unser Fraktion hat ihre ablehnende Position zur Abschaffung und Zusammenlegung der Ausschüsse rechtzeitig und transparent dargelegt. Zugleich haben wir uns mit Vorschlägen zur Verbesserung der Ausschubarbeit an der Diskussion beteiligt, in der es ansonsten an nebulösen, und teilweise wahrheitswidrigen Argumentationen nicht mangelte.

Eine spannende Frage ist, was die große Mehrheit der LINKEN, aber auch der Fraktion DIE SPD dazu bewegt, die eigenen demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten zu beschneiden. An fähigen Stadtverordneten, die in der Lage sind, Ausschüsse zu leiten, wird es doch ganz sicher nicht fehlen.

Abschließend möchten wir insbesondere an die Stadtverordneten der beiden Fraktionen DIE LINKE und DIE SPD appellieren, ihre Position nochmals zu überdenken. Machen Sie sich nicht zu Totengräbern der Bürgerdemokratie und damit zu indirekten Wahlhelfern der AfD.

CARSTEN ZINN

Radstreifen – Na endlich!

Bündnis 90/Die Grünen begrüßen die neuen Radstreifen in der Heegermühler Straße in Eberswalde sehr. Endlich ist damit ein längst überfälliger Schritt zur Verbesserung des Radverkehrs in diesem Abschnitt der B 167 getan.

Gerade auf dem Abschnitt zwischen Kupferhammerweg und Boldtstraße war vernünftiges und sicheres Radfahren bisher nicht möglich. Daher freuen wir uns über die neue Markierung und hoffen, daß Stadtverwaltung und Landesbetrieb Straßenwesen jetzt am Ball bleiben und die Schutzstreifen zeitnah bis Finow und in Richtung Karl-Marx-Platz verlängern.

Die Entscheidung zur Markierung von Radfahrstreifen auf dieser Strecke kommt nicht von ungefähr. Bereits mit dem Verkehrsentwicklungsplan von 2008 und nochmals mit dem Radverkehrskonzept von 2015 hatten die Stadtverordneten diese Lösung als kurzfristig umzusetzen beschlossen. Schließlich soll die B167 als Radschnellverbindung ins Stadtzentrum ertüchtigt werden. Grüne/B90 hatten bereits 2009 einen Antrag zur Umsetzung der Maßnahme eingebracht.

Der Abschnitt der B167 von der Eisenbahnbrücke bis zum Karl-Marx-Platz bietet sich für eine zügige Weiterführung der Markierung geradezu an. Hier ist eine überbreite Fahrspur für Kraftfahrzeuge bereits vorhanden. Die Schutzstreifen können ohne Änderungen beim Kfz-Verkehr aufgebracht werden. Die gegenwärtige Führung des Radverkehrs gemeinsam mit den Fußgängern in diesem Abschnitt birgt – auch aufgrund der Gefällestrücke und dem damit verbundenen schnellen Radfahren – ein hohes Gefahren- und Konfliktpotential.

Laut Landesbetrieb Straßenwesen soll entlang der B167 im Bereich der ehemaligen chemischen Fabrik, zwischen Spechthausener Straße und Kopernikusring, die derzeit für Radler sehr gefährliche Verkehrssituation im nächsten Jahr entschärft werden. Im Sinne einer durchgängigen und einheitlichen Radführung plädieren Bündnis 90/Die Grünen daher dafür, die jetzt gewählte, zeitgemäße Lösung in einem Zug bis nach Finow zu verlängern.

KAREN OEHLER

Hinweis: Einem Teil der Dezember-Auflage liegt zum Kennenlernen die aktuelle Ausgabe von »CONTRASTE – zeitung für selbstorganisation« bei. Seit 1984 hält CONTRASTE Kurs auf eine solidarische Vielfaltsgesellschaft. Die selbstorganisierte Redaktion arbeitet ehrenamtlich und wahr so ihre Unabhängigkeit.

Anzeige

Die **Bürgerinitiative 25. Juni** wünscht allen Mitgliedern, Freunden und Mitstreitern ein **frohes Weihnachtsfest** und **alles Gute für das neue Jahr 2017**.

Bisher scheiterten nacheinander zwei Eberswalder Bürgermeister vor allem an ihrer Selbstherrlichkeit, die sie blind für die Realität machte. Jede sachliche Kritik deuteten sie als Angriff auf ihre Selbstherrlichkeit. 1995 und 2006 waren die Eberswalderinnen und Eberswalder gefordert, korrigierend einzugreifen

Seine Herrlichkeit die Dritte versucht nun mit Vehemenz seine Vorgänger zu übertreffen.

Im Jahr 2017 fällt der 25. Juni auf einen Sonntag. Wie schon 1995 und 2006. Sammeln wir Kraft für das Neue Jahr. Wir werden sie brauchen.

BÜRGERINITIATIVE 25. JUNI

Das Rundreise-Problem

von Dr. Ulrich Pofahl

Eines der klassisch schweren Probleme der Mathematik stellt das Rundreiseproblem dar. Die Geschichte, die zur Lösung führte, ist nicht besonders spannend. Was aber nach erfolgter Lösung passierte, ist sehr interessant. Das Problem besteht in folgendem, es sind n Städte und deren Entfernungen untereinander gegeben, nun soll die kürzeste Rundreise durch alle n Städte so gefunden werden, daß man jede Stadt genau einmal besucht und zum Ende der Reise wieder an den Ausgangspunkt zurückkehrt. Das Problem ist recht schwierig, weil mit zunehmender Anzahl der Städte die Anzahl der möglichen Rundreisen wächst. Hat man beispielsweise $n=3$ Städte, so sind die Rundreisen 1–2–3–1 und 1–3–2–1 möglich. Bei 4 Städten kann man die Reihenfolgen 1–2–3–4–1, 1–2–4–3–1, 1–3–2–4–1 und das ganze jeweils in umgekehrter Richtung auswählen, hat also schon 6 verschiedene Rundreisen. Bei 10 Städten ergeben sich schon 362.880 und bei 20 Städten mehr als 121 Trillionen Möglichkeiten.

In der Praxis treten solche Probleme in der Logistikbranche auf, oder wenn beispielsweise ein Briefträger ausgehend von der Abholstation an mehreren Orten Briefe zustellen muß und anschließend zum Ausgangsort zurückkehrt, um das Fahrzeug abzustellen. Die gleiche Situation hat auch die Müllabfuhr. Ebenso treten solche Probleme beim Bestimmen von kürzesten Wegen auf einem Mikrochip auf.

Viele Mathematiker beschäftigten sich mit der Lösung des Problems. Erst Mitte der 1960er Jahre, als die Transportleistungen weltweit wuchsen, entstanden Lösungen des Rundreiseproblems. Sie wurden von mehreren Forschungsgemeinschaften veröffentlicht. Eine davon war die von LITTLE, MURTY, SWEENEY und KAREL (1963). Diese Autoren betrachteten das Rundreiseproblem als ein Problem der kombinatorischen Optimierung und veröffentlichten die exakte Lösung des Problems mit der bis daher noch nicht bekannten *Branch-and-Bound-Methode* (*Verzweigen und Begrenzen*). Bei diesem Verfahren werden schrittweise nichtoptimale Lösungen ausgeschlossen und Reiserouten, die erfolgsversprechend sind, weiter verfolgt. Damit wäre die Geschichte des Problems erledigt. Was nun folgte war eine Fülle von veröffentlichten Computerprogrammen zur exakten Lösung des Rundreiseproblems, in Lehr-

gängen zur mathematischen Operationsforschung wurde die Branch-and-Bound-Methode gelehrt, und weitere, etwas abgewandelte Problemstellungen waren Gegenstand mathematischer Forschungen.

Für die Praxis war die exakte Lösung des Rundreiseproblems trotzdem kein großer Erfolg, weil da das Problem anders erscheint. Was passiert, wenn bei der Rundreise eines Briefträgers eine Straße gesperrt ist? In solch einem Fall müsste das Rundreiseproblem neu berechnet werden, was schon, wie oben angedeutet, bei 20 Stationen recht schwierig wäre. Oder was passiert, wenn der Briefträger schon unterwegs ist und dann erst die Straßensperrung bemerkt? Selbst moderne Personalcomputer können nicht in so kurzer Zeit die exakte Lösung bereitstellen. Außerdem kann die optimale Lösung des nun veränderten Problems beträchtlich von des ursprünglichen, und damit von der sonst üblichen Route des Briefträgers abweichen. So etwas hätte in der BRD auch erhebliche rechtliche Konsequenzen.

Für die Praxis konnte die Mathematik somit keine Lösung präsentieren. Einen Ausweg aus dieser Situation lieferte die Physik. Seit etwa 1990 werden Rundreiseprobleme mit der Methode *Simulated Annealing* gelöst. Der Name Annealing (ausglühen) stammt aus der Metallurgie und bezeichnet das Tempern von Metallen. Diese Lösungsverfahren verzichten grundsätzlich auf die exakte Lösung. Bei diesem Verfahren startet man von einer zufällig ausgewählten Rundreise. Dann wird versucht eine Verbesserung zu finden. Gelingt das, so wird dieses als Lösung angenommen, gelingt das nicht, so wird mit der alten Lösung weiter gearbeitet, solange bis eine akzeptable Näherung gefunden ist.

So um die Jahrtausendwende gab es erneut Verbesserungen beim Umgang mit dem Rundreiseproblem. Nun wurden solche Eigenschaften wie Schwarmintelligenz und Ameisenalgorithmen ausgenutzt. Grob gesprochen stellt man sich dabei auf den Standpunkt, wenn beispielsweise viele Briefträger rein intuitiv und aus Gefühl heraus ihre Rundreise durchführen, so ist das nicht optimal, aber zulässig, und es weicht nicht viel von der optimalen Lösung ab. Den Beweis für diese Regel lieferte dann wieder die Mathematik.

Die schon oben erwähnte Arbeit von LITTLE, MURTY, SWEENEY und KAREL löste nicht nur das Rundreiseproblem, sondern sie beinhaltete die Branch-and-Bound-Methode. Diese erwies sich bis heute als ein sehr wirkungsvolles Instrument bei der Lösung kombinatorischer Optimierungsprobleme und bei der der Variablen-selektion in mehrdimensionalen statistischen Modellen. Eine Einrichtung, die Forschungen auf diesem Gebiet betreibt ist die FLORIDA STATE UNIVERSITY TALLAHASSEE in den USA.

Dohleenschutz und »Schöpfungspfad«

Bündnis 90/Die Grünen verleihen Barnimer Umweltpreis 2016

Am 18. November haben Bündnis 90/Die Grünen im Barnim den 21. Barnimer Umweltpreis verliehen. Auch in diesem Jahr stehen 750 Euro zur Verfügung, um verdienstvolle Projekte und Initiativen zu ehren und mit einer finanziellen Anerkennung zu bedanken. Der bündnisgrüne Vertreter im Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Eberswalde, Andreas Fennert, der den Preis einst ins Leben rief und den größten Teil des Geldes spendet, wird die Urkunden und Preise gemeinsam mit dem Sprecher des Regionalverbands Oberbarnim der Bündnisgrünen, Karl-Dietrich Laffin, überreichen. Die Jury hat in diesem Jahr entschieden, zwei erste und einen 3. Preis zu vergeben.

Einen 1. Preis, verbunden mit einer Prämie i.H.v. 300 Euro, erhält das Projekt Dohleenschutz des NABU Barnim. Die Dohle, ein kleiner Rabenvogel, war früher ein häufiger Brutvogel in Brandenburg. Inzwischen wird sie auf der Roten Liste als vom Aussterben bedrohte Vogelart geführt. 2014 erfaßten drei damalige Studenten der Hochschule Eberswalde, NANCY MANKE, ERIK PERETZKE und ANDRÉ SCHWUCHOW, im Rahmen einer Belegarbeit die Bestände der Dohle im Landkreis Barnim. Bei der Erfassung wollten sie es dann jedoch nicht belassen. Sie baten den NABU um Unterstützung, bauten ca. 30 Nistkästen und installierten sie anschließend in Barnimer Kirchen, z.B. in Werbellin, Neuendorf, Brodowin, Finowfurt, Tornow und Eberswalde. Die Erfolge zeigten

sich schnell. Bereits in diesem Jahr brüteten in den Kästen zahlreiche Dohlenpaare erfolgreich. Bei ihrem Projekt stießen die Studenten auf eine große Kooperationsbereitschaft seitens der jeweiligen Pfarrer und auch der ehrenamtlichen Dohlenbetreuer im Niederbarnim, Immo Tetzlaff, gab wertvolle Tipps und Unterstützung. Nachdem die Studenten Eberswalde verlassen haben, wird das Projekt zukünftig vom NABU Barnim weiter betreut.

Den zweiten 1. Preis, ebenfalls mit 300 Euro Prämie dotiert, erhält das Projekt »Schöpfungspfad« im Naturschutzgebiet »Buckowseerinne« bei Lichterfelde. Unter Federführung von KARL-HEINZ MASUHR von der Kirchengemeinde Lichterfelde entstanden individuell gestaltete Informationstafeln, die an acht Stationen entlang eines neu ausgewiesenen Rundwanderweges durch die herrliche, eiszeitgeprägte Landschaft des NSG positioniert wurden. Die Besucher des Pfades erfahren Interessantes zur Landschaftsgeschichte und zum Naturschutz am jeweiligen Standort, ergänzt durch Auszüge aus der Schöpfungsgeschichte und meditative Texte. An der Gestaltung der Tafeln beteiligten sich ehrenamtliche Naturschützer wie NORBERT SCHLAACK, REIMER LOOSE, CHRISTINE KLEEMANN, JÜRGEN MÜLLER sowie Pfarrer ULF HABERKORN aus Finowfurt. Die gemeinsame Arbeitsgruppe trifft sich außerdem zu Arbeitseinsätzen im NSG und hat ein Kleingewässer-Renaturierungsprojekt auf den Weg gebracht.

Mit dem 3. Preis und einer Prämie i.H.v. 150 Euro wird die Umweltinitiative Ostend aus Eberswalde geehrt. Die Gruppe um CARLO SEEMANN entmüllte und revitalisierte in den vergangenen zwei Jahren mehrere verlassene Grundstücke in dem Eberswalder Stadtteil. Zum Beispiel wurde ein ca. 5 ha großes, stark vermülltes Gelände entlang des Finowkanals von mehr als 20 Kubikmetern Unrat befreit. Dabei mitgeholfen haben Nachbarn und weitere Eberswalder Bürger. Auch Rückschläge – so mußte beispielsweise der Randstreifen entlang der Eichwerder Straße zig Mal von Müll befreit werden – hielten die Aktiven nicht von ihrem Engagement ab. Auf den beräumten Flächen wurden hobbymäßig Thüringer Waldziegen gehalten, die im kommenden Jahr Teil einer ökologischen Hofgemeinschaft werden sollen. Gedacht ist auch an eine zukünftige Nutzung der Flächen zur Ausweitung des Gemeinschaftsgartens Ostend.

KARL-DIETRICH LAFFIN
Sprecher des Regionalverbands Oberbarnim

Zukunftsinvestition

Bahnstrecke Berlin – Szczecin

»Die beschleunigte Planung für die Ausbaustrecke Berlin – Szczecin ist ein klares Bekenntnis des Bundes für die enorme Bedeutung der Strecke. Dafür haben wir uns lange eingesetzt. Eine gute Nachricht für unsere Region«, so STEFAN ZIERKE, Mitglied im Verkehrsausschuß des Bundestages und Koordinator für den Bundesverkehrswegeplan in Ostdeutschland.

Bei den 21 Projekten handelt es sich um künftige Vorhaben aus dem derzeit geltenden Bedarfsplan für die Bundesschienenwege. Sie befinden sich bereits in der Vorplanung. Bund und Bahn haben eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der nun die Entwurfs- und Genehmigungsplanungen finanziert werden.

»Nachdem die Strecke im Bundesverkehrswegeplan zunächst keine direkte Relevanz erfahren hat, wurde sie dann doch in den Vordringlichen Bedarf eingestuft. Alles andere hätte ich mir auch nicht erklären können. Die Anbindung von Stettin zum neuen Hauptstadtflughafen ist enorm wichtig. Und auch für unsere Region erhoffe ich mir wichtige Impulse durch diese wichtige verkehrliche Verbesserung«, ergänzt Stefan Zierke.

»Mit den 138 Millionen Euro hat die Deutsche Bahn nun ausreichend Mittel zur Verfügung, um die Projekte auf die Schiene zu bekommen. Das Ziel muß sein, schnellstmöglich Baureife herzustellen«, so Zierke abschließend.

SEBASTIAN SCHMIDT

Dreigeteilter Bürgermeister

Die am 25. November ausgesprochene Suspendierung seines Vizes BELLAY GATZLAFF machte sich für den Eberswalder Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI gleich am ersten Tag in unangenehmer Weise bemerkbar. Seine Pressestelle hatte ihm mangels personeller Alternativen an diesem Freitagabend zeitgleich gleich drei parallele Termine aufgedrückt.

Nach den der Presse übermittelten »Rathausterminen« eröffnete Boginski zum einen um 18 Uhr den Eberswalder Weihnachtsmarkt. Zur gleichen Zeit war er bei der Verleihung des 4. Demokratiepreises der Bürgerstiftung Barnim Uckermark im Saal des Paul-Wunderlich-Hauses präsent. Da das Kreishaus unmittelbar am Markt steht, hielten sich hier die zeitlichen Probleme in Grenzen. Schwieriger war die rechtzeitige Teilnahme an der ebenfalls um 18 Uhr angesetzten Sportgala des Kreissportbundes Barnim im Haus Schwärzetal.

Teilnehmer an der Sportgala berichteten von einem arg gestreßten Bürgermeister, der gegen 19.30 Uhr eintraf. Daß er dann auch noch an einen Tisch mit einer von ihm, wie es heißt, gemobbten und degradierten Mitarbeiterin platziert wurde, soll ihm die ohnehin arg getrübbte Stimmung restlos verhagelt haben. Boginski meisterte aber auch diese Situation souverän, in dem er in gewohnter Weise eine gute Miene zum bösen Spiel aufsetzte.

G.M. 11

Mein stiller Ort

*Fern vom Straßenlärm
liegt mein schöner stiller Hügel.
Wie oft ging ich gern
hier langsam hinan.*

*Hinter Kiefern verborgen
im trockenen Gras liegen!
Den herrlichen Roggenduft
einatmen und träumen.*

*Die bunten Flatterlinge
gaukeln auf die Blüten
von Witwenblume und Schafgarbe.
Was ist diese Stille? Frieden?*

*Die azurblaue Halbkugel
spannt sich über mir.
Da kommt ein weißer Reiter
angeschwebt ohne Eile.*

*Welch ein Leben im Grase
noch im Herbst!
Es schwirrt und krabbelt
rings um mich herum.*

*Da teilt lautlos ein Flieger
das Himmelsblau, zieht den
Kondensschwanz hinter sich her,
die weiße Schlange.*

*Wüßte ich nicht von den
schrecklichen Taten der Menschen,
von Krieg und Verbrechen,
Naturkatastrophen, Hunger und Elend!
Dann könnte ich glücklich sein !*

WALTRAUD VOIGT (September 2002)

Es entstanden und entstehen Projekte und Unternehmen, die heute unter verschiedenen Begriffen wie »Ökonomie des Teilens«, soziales Unternehmertum oder solidarische Ökonomie laufen und für die das in Deutschland inzwischen weit verbreitete »Carsharing« wohl das prominenteste Beispiel sein dürfte.

Auch in Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren einiges im Wirtschaftssektor der solidarischen Ökonomie entwickelt. Auf das Gemeinwohl und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Unternehmen, Genossenschaften, Stiftungen und Vereine – seien es der nachbarschaftliche Fahrradreparaturladen, die Tafeln, die überschüssige, aber qualitativ einwandfreie Lebensmittel verteilen, oder Bürgerbusse, die mit Freiwilligen in ländlichen Regionen den Nahverkehr absichern.

Wie solche Initiativen besser unterstützt und das Potential sozialer Innovationen besser genutzt werden kann, war am 4. November Thema einer Veranstaltung der bündnisgrünen Landtagsfraktion in den Räumen der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberswalde.

»45 Jahre nach dem Bericht des Club of Rome zu den 'Grenzen des Wachstums' gewinnt man den Eindruck, das dessen Botschaft noch immer nicht angekommen ist«, sagte der Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen AXEL VOGEL zur Einführung in die Veranstaltung. Wie schon damals erkannt, sei es auch heute noch vordringlich, Wachstum von Lebensqualität zu entkoppeln und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, ohne den Verbrauch materieller Ressourcen immer weiter zu erhöhen. »Dabei ist die solidarische Ökonomie keine neue Erfindung«, sagte er und erinnerte an die

Vom »Ich« zum »Wir«

Bündnisgrüne diskutieren auf Symposium über solidarische Ökonomie

Das Unbehagen vieler Menschen mit der Vorherrschaft eines wirtschaftlichen Wettbewerbs, in dem Menschlichkeit kaum eine Rolle spielt, Ressourcen ungebremst verschwendet werden und der Staat sich zunehmend seiner gesellschaftlichen Verantwortung entzieht, wächst seit Jahren. Zugleich versuchen immer mehr Menschen, ihre Arbeits- und Lebenswelt selbstbestimmt zu organisieren und sich der vermeintlichen Logik der klassischen Marktwirtschaft zu entziehen.

Entstehung von Genossenschaften wie Volks- und Raiffeisenbanken und Wohnungsbaugenossenschaften oder landwirtschaftlicher Maschinenringe.

Der Wandel zu einer anderen Gesellschaft finde in bestimmten Bereichen bereits statt und habe auch in Brandenburg schon viele vorbildliche Projekte hervorgebracht, gerade auch im ländlichen Raum, wo idealistische »Raumpioniere« Freiräume nutzten, im Bereich von Flüchtlingsinitiativen, der ökologischen Landwirtschaft oder Bürgerenergiegenossenschaften.

»Hier finden sich zahlreiche UnternehmerInnen, die nicht ausschließlich auf Wachstum und Rendite setzen, sondern auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit – für die Kunden, die Mitarbeiter des Betriebs, für die Umwelt und die Menschen, die in der Region leben.«

AXEL VOGEL sagte, man dürfe aber auch umstrittene Entwicklungen in der »Sharing Economy« nicht verschweigen. »Anbieter wie Uber und Airbnb sind nicht unbedingt Beispiele für sozial positiv wirkende Innovationen.«

Der Hauptredner war NORBERT KUNZ, der zu den profiliertesten Sozialunternehmern in Deutschland zählt, seit über zwanzig Jahren Existenzgründer im Bereich der Sozialökonomie berät und unter anderem Mitglied der Ex-

pertenkommission der Europäischen Union zur Social Business Initiative (GECES) ist. Kunz prognostizierte durch die fortschreitende Globalisierung und die immer stärkere Verbreitung von Wissen durch das Internet, aber auch durch damit einhergehende Entwicklungen wie den demographischen Wandel und die zunehmende Individualisierung, eine gesellschaftliche Umwälzung, die der des Übergangs von der Agrar- zur Industriegesellschaft entspreche.

Innovationen, die allein darauf ausgerichtet sind, die Position eines einzelnen Unternehmens am Markt zu verbessern, seien hier langfristig nicht mehr überlebensfähig. »Gefragt sind die Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Verfahren, die explizit dem sozialen Fortschritt dienen und von der Gesellschaft akzeptiert werden.«

Weitere Referenten waren Prof. Dr. MARTINA SCHÄFER von der TU Berlin, Mitglied der Enquetekommission ländliche Räume, und Dr. TOBIAS FEDERWISCH vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) Erkner, die sich explizit mit den Voraussetzungen der Entwicklung sozialer Innovationen in den ländlichen Regionen Brandenburgs auseinandersetzten.

TOBIAS ARBINGER

Sanierungsbeirat tagt

Die 57. Sitzung des Eberswalder Sanierungsbeirates findet am 12. Dezember, um 18 Uhr, im HNEE-Stadtcampus, Haus 4, Raum 04.102 statt. Mit Präsentationen und Diskussion wird auf aktuelle Projektarbeiten der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNEE) zur Freiraumplanung in Eberswalde eingegangen. Mit »Gärten in der Stadt« (Nina Büttner, Ira Hellwich, Joshua Deutinger, Wanda von Bremen, Alice Baumbach, Ruben Weber) soll ein Leitfaden für die Gestaltung privater Gärten in Eberswalde entwickelt werden. Das Augenmerk liegt hier auf einfachen Tips für das Anlegen von Gärten entsprechend hiesiger Standortbedingungen. Ein zweites Projekt heißt »Gehölze im Straßenraum« (Alina Glammann, Norman Heß, Marcel Stöhr, Daniel Glaser, Sandy Holzapfel). Als Ergebnis soll eine Handreichung für Stadtverwaltung, Stadtverordnete und interessierte Bürger sein. Eine auf die Stadt zugeschnittene Baumartenliste soll die Standortgerechtigkeit, die Klimaplastizität und die stadtgestalterische Bedeutung der Gehölze berücksichtigen. Prof. Dr. JÜRGEN PETERS

»Das Ende der Megamaschine«

Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft am 13. Dezember 2016 in Eberswalde

Schon länger steht für viele Aktivist/innen, Forschende und Politiker/innen fest, daß ein Weltsystem, das auf unendliches Wachstum und ungebremste Modernisierung setzt, für alle eine bessere Zukunft bereitstellt.

Fabian Scheidler schildert das »Ende der Megamaschine« und räumt mit modernen Fortschrittsmythen auf. Dafür beschreibt er die Ursprünge ökonomischer, militärischer und ideologischer Macht und zeigt, daß die Logik der endlosen Geldvermehrung von Anfang an auf dem Raubbau an Mensch und Umwelt begründet war. Langsam erreicht die Megamaschine ihre Grenzen, die Scheidler im Gespräch mit Pierre Ibisch und den Teilnehmern diskutiert.

Wie kann es sein, daß unsere globale Wirtschaftsmaschinerie Unmengen an Gütern jedoch auch Müll produziert, unfassbaren Reichtum jedoch auch Elend beschert, permanente Überarbeitung jedoch auch Leerlauf schafft? Warum schreitet die ökologische Zerstörung des Planeten trotz unzähliger Klimagipfel ungebremst voran und warum erweisen sich die globalen Eliten als unfähig, diese Richtung zu

ändern? Wie können auch auf lokaler Ebene Menschen in Eberswalde an Alternativen und Veränderungen der jetzigen Megamaschine arbeiten?

Diese Fragen diskutiert Prof. Dr. Pierre Ibisch mit Fabian Scheidler am 13. Dezember 2016 im Campus der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde. Mehr Informationen zum Buch von Fabian Scheidler finden Sie unter: www.megamaschine.org

INKA THUNECKE,
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Hörsaal Alte Forstakademie, Schicklerstr. 3, Eberswalde, 13. Dezember 2016, 19-22 Uhr
Die Gespräche und Diskussionen der Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft sind eine gemeinsame Veranstaltung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, der Stadt Eberswalde und der Heinrich-Böll-Stiftung.

Der Postmann

Eine Adventsgeschichte von JÜRGEN GRAMZOW

Diesmal habe ich sie gar nicht gehört. Dieses »Ritsch-Ratsch« ihres Radbügels, das man im Sommer schon von weitem vernimmt. Dann weiß man: die Briefzustellerin ist da! Ich ging gerade in die Küche, um zu lüften, da machte es laut »Ritsch-Ratsch« vor dem Haus. Die Postfrau entfernte sich zum nächsten Eingang und ich eilte ins Schlafzimmer, um mir meine Kniebandage überzuziehen, damit ich drei Treppen hinunter nach der Post schauen könnte. Aber, Fehlanzeige! Der Briefkasten war gähnend leer. Unterwegs merkte ich, daß die Treppe etwas schmutzig war; also hurtig den Besen geschwungen und den Sand schließlich in sein Habitat zurückbefördert. Oben, außer Puste und etwas verschwitzt, mußte erstmal das Unterhemd gewechselt werden. So, genug gemacht für heute ...

Da klingelte es an der Tür! Ich war gerade im Flur und eilte zur Sprechanlage, da klingelte es schon unten im Haus. Ich konnte rufen »Wer da? Hallo, hallo?« – es nützte nichts, die Leitung war schon tot. Schnell zum Küchenfenster, wer mag das wohl sein? Unten steht das gelbe Postauto vorm Haus und unten steht auch der Postmann und reagiert nicht auf meine Rufe. Jemand anderes öffnet ihm die Tür und ich frage mich: Wollte der mich jetzt verschleißen? Bis ich auf die Idee komme, im Treppenhaus hinunterzurufen, ist es schon zu spät. Ich höre nur ein paar Stimmen und dann wieder Schritte hinunter. Ich eile zum Küchenfenster: »Hallo?« Der Postmann wirft gerade eine Benachrichtigung ein, und wendet sich zum Gehen. »Hallo, Sie haben bei mir geklingelt?« Das Umdrehen fällt ihm schwer: »Gramzow? Ich habe es bei Frau Stellmacher abgegeben?« wendet sich, und eilt zum Postauto. »Sie können ruhig eine Sekunde länger warten!!!« höre ich mich ihm wutentbrannt hinterherschmettern. Die bittere Galle kommt hoch.

Übelste Verwünschungen, Verfluchungen und Schimpfwörter, die mit bestimmten Buchstaben beginnen, sende ich dem davoneilenden Postauto hinterher. Mir wird heiß. Ersteinmal nach der Paketsendung schauen, beschließe ich und montiere wieder die Bandage ans Knie. Hinunter drei Treppen, macht die Nachbarin dann auf, gibt mir ein Paket und nimmt den Postmann in Schutz: »Ach, der arme Junge hat doch so viel zu tun!« Oben angekommen und wieder verschwitzt, öffne ich den Karton. »Ritsch-Ratsch« macht das Klebeband und übelste Beleidigungen verlassen mein Sprechorgan, die wiederzugeben der sittliche Anstand verbietet. Im Paket ein nettes Geschenk meiner Schwester: ein schöner, moderner schwarzer Rucksack. Den könnte ich für Kurzreisen gebrauchen! Oder für die Fahrt zur Arbeit. Wenn ich denn eine hätte. Ist ein richtiger Büro-Rucksack, mit Fach für Mappen, Laptop, Karten, Stifte, Handy und Schlüssel.

Eine feine Sache! Um etwas runterzukommen, und verschwitzt, wie ich bin, ziehe ich die Abendreinigung vor und lasse mir eine Dusche guttun. Aaaahhhh, tut das gut! So ein Arschloch von Postmann aber auch! Nicht dran denken ... aaahhh, tut das gut! Gut eingewickelt liege ich dann auf dem Sofa und versuche zu entspannen. Ich sehe mich, den schwarzen Rucksack umgeschnallt, bestückt mit Patronen, am Küchenfenster stehend, eine Panzerfaust russischer Bauart, moosgrün, geschultert und auf den Postmann zielend, der gerade hochnäsiger zum Postauto eilt. WUMMMMMMS!!! Die nun erfolgte Detonation übersteigt die der sonst üblichen Polenbölcher um das Zehnfache. Das gelbe Postauto faltet sich und fällt in sich zusammen wie ein leerer Hermeskarton. Der Postmann ist spurlos verschwunden...



FOTO: JÜRGEN GRAMZOW

Die erlebte Szene gibt der inneren Seele Genugtuung. Eigentlich schreibt hier ein friedlicher Zeitgenosse; er fängt sogar fieseste Mücken vorsichtig mit dem Glas, um sie an die frische Luft zu begleiten. Andere Menschen arbeiten ihre Aggressionen ab, indem sie Holz hacken oder ihren Boxsack treten. Andere wiederum quälen ihren Körper beim Jogging oder machen die Urschreittherapie. Bei mir gelingt die innere Reinigung am besten, indem ich den Gegner virtuell in die Luft gehen lasse. Und wenn alles nichts hilft: die Photonentorpedos der »Enterprise« helfen immer ...

»Ruhig, Jürgen, ruhig!« höre ich mich sagen. Bloß nicht aufregen. Wem nützt es, wenn ich jetzt, hier auf dem Sofa liegend, einen Herzinfarkt bekomme. Denk' an den schönen Rucksack, denk' an den morgigen Tag, denk' an das nahe Weihnachtsfest, denke an die Lichter in den Fenstern und all die hoffnungsfrohen Kinder, die den Weihnachtsmann freudig erwarten. Bittere Galle, gehe dorthin, wo du hergekommen bist!

Allen, auch dem Postmann, eine friedvolle Adventszeit!

Buchtipp: »Liebe Leser«

Kolumnen aus eineinhalb Jahrzehnten

Marzahn-Hellersdorf (bbp). Seit Dezember 2003 veröffentlicht der Theaterwissenschaftler und Journalist RALF NACHTMANN monatlich eine Kolumne in der Zeitschrift »jot w.d. – Die Andere aus Marzahn-Hellersdorf«. Dabei geht es nicht unbedingt um lokale Themen. Das Gedankenspektrum streift genauso Grundfragen unseres Lebens: Krieg und Frieden, sozialer Zusammenhalt, Geschichte und Zukunft. Die hier versammelten Texte bieten mehr als nur eine Rückschau auf fast 14 (und mehr) Jahre Leben und Erleben; sie geben auch die Möglichkeit, so manch bereits fast vergessenes Handeln in Politik und Alltag noch einmal zu erinnern. Womöglich läßt sich feststellen, daß bestimmte Themen immer wiederkehren und auf ewig ungelöst erscheinen.

Die Zeitschrift »jot w.d. – Die Andere aus Marzahn-Hellersdorf« erscheint seit Mai 1996 und wird von Beginn an von den Machern im Ehrenamt erarbeitet. Die Redaktion wurde mehrfach ausgezeichnet.

Das Buch Ralf Nachtmann: »Liebe Leser – Kolumnen aus eineinhalb Jahrzehnten« (ISBN: 978-3-00-053707-3, Paperback, 172 Seiten, 12 Euro) ist in der Redaktion von »jot w.d.« und in Kürze auch im Buchhandel erhältlich. Die BBP-Redaktion vermittelt gerne.

Kunstmarkt in der Galerie plantasia

Am Wochenende um den 3. Advent findet jeweils von 13-18 Uhr in der Galerie plantasia ein Kunstmarkt statt. Wie üblich stehen bzw. hängen Bilder von Smartphone-bis Doppelbettgröße in klassischer oder experimenteller Malweise. Die Inhalte verfehlen wie gewohnt das real existierende Leben, drücken sich um konkrete Aussagen und schicken den Betrachter auf Gedankenreise. Wie bisher werden die Bilder in 3 Zimmern, im Flur und im Treppenhaus gezeigt. Der wachsende Bestand zwang uns zur »Petersburger Hängung«. Die Haltungsbedingungen sind zugegebenermaßen nicht sehr artgerecht.

Mit Ihrem Besuch können Sie das vielleicht ändern und den Bildern einen Tapetenwechsel ermöglichen. Dazu gibt es 7 Varianten, über die wir Sie gerne beraten. Aber selbst wenn Sie für unsere Bilder nichts in der genannten Form tun können, sind Sie herzlich willkommen!

Sie können auch einen Spaziergang im geheimnisvoll erleuchteten Phantasiegarten machen, oder am Samstag um 18 Uhr mit Kirsten Mathilde Timm Weihnachtslieder singen.

KIRSTEN MATHILDE TIMM
und ANDREAS TIMM

10. und 11. Dezember jeweils von 13-18 Uhr, Galerie plantasia, Eichwerderstraße 1, Eberswalde, www.galerie-plantasia.de

Die B-Baracke

Kürzlich gastierte im Kreisarchiv eine Ausstellung zur Rolle regionaler und lokaler Behörden im Dienst der Nazis (BBP 10/2016). Unser Autor besuchte Tatorte und forschte in Archiven. Im ersten Teil ging es u.a. um eine Verordnung zum Umgang mit Kriegsgefangenen. Heute geht es um eine weitere überlieferte Akte:

Im Mittelpunkt stehen männliche Zwangsarbeiter aus sogenannter »nichtnordischer Rassenzugehörigkeit«. Zunächst zu den auslösenden Umständen, die unsere Nachforschungen zutage brachten: In den Führungsetagen hatte man die wachsenden diesbezüglichen Probleme bald erkannt und nach Lösungen gesucht. Die »Probleme« entsprangen allzu natürlichen Bedürfnissen, die zuvor unterschätzt worden waren und die allein mit Appellen und Strafandrohungen nicht aus der Welt geschafft werden konnten. Man entschloß sich daher, bei großen Zwangsarbeiterlagern Bordelle anzusiedeln.

Genau zu diesem Anliegen hatte »Die deutsche Arbeitsfront« (DAF) Gauverwaltung Mark Brandenburg am 28.11.1941 nach Eberswalde eingeladen. Im Mittelpunkt stand die Errichtung einer »B-Baracke« für die Zwangsarbeiter und der Erwerb für Grund und Boden dafür. Am Beratungstisch saßen: der Kriminalinspektor, ein leitender Gewerkschaftsvertreter, ein Sachbearbeiter der Arbeitsfront, Fabrikbesitzer Ardel, der Direktor vom Messingwerk, der Direktor der Firma Seiffert (später Rofin), der Stadtbaumeister Eberswalde, der Stadtvermessungsrat, ein weiterer Vertreter der DAF.

»Die Beteiligten, Vertreter der Partei und der Behörden«, ist in der Niederschrift zu lesen, »waren sich darüber einig, daß der in erster Linie vom Stellvertreter des Führers, unmittelbar aber von der Kreiskriminalpolizeistelle gestellten Forderung auch für Eberswalde zum Schutz des deutschen Blutes ein Bordell für Ausländer nicht nordischer Rassenzugehörigkeit zu schaffen, stattgegeben werden muß. Die Geldmittel hierfür sind von der Industrie aufzubringen, während die Stadt als Polizeikostenträgerin das Grundstück für die Aufstellung der ... Baracke leihweise (leihweise rot durchgestrichen) zur Verfügung zu stellen hat. Als geeigneter Platz wurde von allen Beteiligten der spitze Winkel der Gabelung zwischen der Stettiner und Frankfurter Eisenbahnstrecke angesehen, ein Gelände, das zur Zeit dem Berliner Fuhrunternehmer Just gehört... Notfalls soll die vorübergehende Inanspruchnahme zur Errichtung der Baracke im Wege des Reichsleitungsgesetzes vom Eigentümer erzwungen werden.«

Ergänzend hinzuzufügen ist, daß der besagte Unternehmer Just das Areal samt Gewässer (ehemalige Tongrube) zwecks Anlagen von Schrebergärten für seine Belegschaftsmitglieder erworben hatte. Das Gewässer wurde zeitweilig fälschlicherweise als Justsche Grube bezeichnet, sogar im Angelgewässerverzeichnis, was inzwischen korrigiert worden ist.

DIETER KEMPFERT

Der gescheiterte »Blitzkrieg« (Teil 4):

Niederlage und Flucht

Vor 75 Jahren: Überfall auf die Sowjetunion. Die Eberswalder Schützen waren dabei

Seit dem ersten Kriegstag marschierten die Schützen und Artilleristen der drei in Eberswalde stationierten Regimenter der 3. Panzerdivision (Schützenregimenter 3 und 394 sowie das Artillerieregiment 75) an der vordersten Front gen Osten.

Am 30. September 1941 hatte mit der Operation »Taifun« der letzte Vorstoß auf Moskau begonnen, der die Kriegsentscheidung bringen sollte. Die Soldaten aus Eberswalde drangen innerhalb von zwei Monaten weitere 500 Kilometer vor. Anfang Dezember hatten sie den Raum östlich von Tula erreicht. Am 2. Dezember 1941 begann ein letzter Angriff mit dem Ziel, die 50. sowjetische Armee, die Tula verteidigte, einzuschließen. Noch am 5. Dezember drang die Division mit ihrem linken Flügel vier Kilometer auf Tula vor. Da hatte aber die sowjetische Gegenoffensive schon begonnen.

Ende November waren die Offensivmöglichkeiten der deutschen Wehrmacht erschöpft. Beim XXIV. Panzerkorps der 2. Panzerarmee, zu dem die 3. Panzerdivision gehörte, mußten zuletzt alle noch einsatzfähigen Panzer der beiden Panzerdivisionen zu einer Kampfgruppe zusammengefaßt werden, um überhaupt noch Angriffe führen zu können. Es gab keine Reserven mehr. Auf sowjetischer Seite hingegen war es gelungen, strategische Reserven zu bilden, die nur sehr sparsam in der Verteidigungsschlacht eingesetzt wurden.¹

Keine geringe Rolle spielten dabei die Aufklärungsergebnisse des sowjetischen Kundschafers Dr. Richard Sorge, der aus Tokio signalisierte, daß seitens Japan keine Absicht bestand, im Fernen Osten die Sowjetunion anzugreifen. Dadurch konnten mehrere vollausgerüstete sibirische Divisionen aus dem Fernöstlichen Militärbezirk und aus Mittelasien an die Moskauer Front verlegt werden.²

Die japanische Führung hatte sich längst für den Angriff auf die USA und im Pazifik entschieden, der fast zeitgleich mit Beginn der Moskauer Gegenoffensive am 7. Dezember 1941 durch den Überfall auf Pearl Harbor begann.³

Im Bereich der 2. deutschen Panzerarmee begann die Gegenoffensive am 5. Dezember 1941. Auch die 3. Panzerdivision, bei der inzwischen die Schützenregimenter die Hauptlast der Kämpfe trugen, mußte zur Verteidigung übergehen, die zuweilen in wilde Flucht überging. Die schwere Artillerie-Abteilung 604 beispielsweise, die dem XXIV. Korps zugeteilt

war und östlich Tula agierte, mußte ihre verbliebenen Mörser einschließlich der Zugmittel sprengen und zu Fuß flüchten.⁴

Am 7. Dezember begann auch für die Eberswalder Regimenter der Rückzug in Richtung Orjol. Ende Dezember 1941 wurde die Division schließlich aus der Front herausgelöst und in die Reserve der 2. Armee der Heeresgruppe Süd überführt.

Im Januar kämpfte die 3. Panzerdivision dann als Bestandteil des XXXVIII. Armeekorps der 2. Armee nordwestlich von Liwny und im Februar im Raum um Kursk am Oberlauf des Donez und am Son, bis sie am 9. März 1942 der 6. Armee bei Charkow zugeteilt wurde.⁵

Die Division und mit ihr die Eberswalder Regimenter hatten große Verluste erlitten und waren kaum noch kampffähig. Die Zeit der leichten Siege war endgültig vorbei. Das faschistische Deutschland mobilisierte alle Ressourcen, um die Verluste ihrer geschlagenen Armeen auszugleichen.

In den folgenden Monaten wurde die 3. Panzerdivision personell und technisch wieder voll aufgefüllt, um an der geplanten Sommeroffensive 1942 teilzunehmen, die mit der Eroberung der Ölfelder im Kaukasus und des wichtigen Verkehrsknotens an der Wolga bei Stalingrad doch noch den Krieg zugunsten Hitlerdeutschlands entscheiden sollte.

Und wieder waren die Eberswalder Schützen, bald in Panzergrenadiere umbenannt, in vorderster Front dabei.

G.M.

Bisher erschienen: Teil 1 in BBP 7/2016, Teil 2 in BBP 8/2016 und Teil 3 in BBP 10/2016.

Anmerkungen für Teil 4:

- 1 – Geschichte des zweiten Weltkriegs, Band 4, Militärverlag der DDR, Berlin 1977, Aus dem Russischen (Originalausgabe Moskau 1975)
- 2 – Julius Mader: Dr.-Sorge-Report, Militärverlag der DDR, Berlin 1984
- 3 – Harry Thürk: Pearl Harbor, Deutscher Militärverlag, Berlin 1971
- 4 – <http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/ArtAbtschwer/AA604.htm>
- 5 – <http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/Panzerdivisionen/3PD-R.htm>

Konzert mit Mike Kilian am 9. Dezember

Am Freitag, dem 9. Dezember, um 20 Uhr ist MIKE KILIAN mit seinem neuen Album WÜNSCH MIR GLÜCK im Heidekrug zu Gast. In zwölf neuen Stücken feiert er das Leben, die Freundschaft und die Liebe. Mike Kilian ist wieder mit Uwe Fischer als Gitarren-Verstärkung unterwegs und spielt das komplette neue Album sowie Songs aus seinen vier Vorgänger-Alben. Den einen oder anderen Rockhaus-Song wird er dabei sicher nicht vergessen. Der Eintritt beträgt 12 €.

Ihr Heidekrug

Anschrift Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Das Eberswalder Maikomitee tagt

Eberswalde (bbp). »Das Jahr 2016 geht so langsam seinem Ende entgegen und wir bereiten uns alle auf neue und vor allem auf wiederkehrende Herausforderungen und Aufgaben im Jahr 2017 vor. Dazu zählt auch die mittlerweile traditionelle, gemeinsame Vorbereitung des Tags der Arbeit am 1. Mai.« In seiner Funktion als ehrenamtlicher DGB-Kreisvorsitzender lädt der Gewerkschaftssekretär im Betreuungsbereich DGB-Kreisverband Barnim RALF KAISER die Vertreter der Einzelgewerkschaften, von Parteien, Organisationen und Verbänden ein, um »zeitnah in die Vorbereitungen des 1. Mai einsteigen« zu können. Es gehe darum, den Kampf- und Feiertag der Werktätigen gemeinsam zu organisieren, zu finanzieren und zu veranstalten.

Das 1. Treffen des Eberswalder Maikomitees findet am 10. Januar 2017 um 17 Uhr im Versammlungsraum des Gewerkschaftshauses in der Grabowstraße 49 statt. »Wir freuen uns«, beschließt Ralf Kaiser seine Einladung, »auf

eine sehr konstruktive Zusammenarbeit und auf rege Beteiligung, tolle Ideen und Vorschläge für die Ausgestaltung des 1. Mai.«

Neben seiner Gewerkschaftstätigkeit ist der DGB-Kreisvorsitzende bei der Partei DIE LINKE im Barnimer Kreisvorstand und im Stadtvorstand Eberswalde tätig. Die hohe Wertschätzung der LINKEN für Ralf Kaiser drückt sich auch darin aus, daß sie ihn für die kommende Bundestagswahl zu ihrem Kandidaten für das Direktmandat im Wahlkreis 57 (Oberbarnim/Uckermark) kürten.

Weitere Treffen des Maikomitees sind am 7. Februar, 7. März und 4. April geplant. Falls erforderlich wird es noch kurz vor dem 1. Mai am 25. April eine weitere Zusammenkunft geben.

Diese Vorbereitungsveranstaltungen, betont Ralf Kaiser, sind für alle Organisationen, Parteien und Verbände offen, die sich am 1. Mai in Eberswalde organisatorisch, inhaltlich und finanziell beteiligen möchten.

Mehr direkte Demokratie in Brandenburg

Der Verein »Mehr Demokratie e.V. Berlin/Brandenburg« will zu diesem Thema im kommenden Jahr ein Volksbegehren in die Wege leiten. In Eberswalde gab es dazu am 19. November eine Infoveranstaltung.

Im Land Brandenburg brauchen die Werkzeuge der direkten Demokratie dringend ein Update: Volksbegehren auf Landesebene und Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene scheitern hier regelmäßig an zu kurzen Fristen, zu hohen Hürden und überzogenen formalen Anforderungen. Deshalb gehört das Land Brandenburg zu den Schlußlichtern der direkten Demokratie in der Bundesrepublik. Das wollen wir gemeinsam mit Euch ändern!

Mit einem Volksbegehren wollen wir die Regeln der direkten Demokratie im Land Brandenburg updaten. Seit einigen Monaten bereiten wir zusammen mit anderen Gruppen und Organisationen dieses Volksbegehren vor. Es soll im Frühjahr 2017 starten.

Bei der Infoveranstaltung ging es darum, zusammen mit Euch zu überlegen, wie das Volksbegehren vor Ort in Eberswalde und Umgebung erfolgreich unterstützt werden kann. Der kleine Kreis der relativ zufälligen Teilnehmer diskutierte engagiert und unterstrich die dringende Notwendigkeit des anvisierten Volksbegehrens mit Beispielen der Demokratieferne in Eberswalde und im Landkreis Barnim. Die Teilnehmer hielten es für notwendig, als nächsten Schritt Ende Januar einen möglichst großen Kreis am Thema Interessierter zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung einzuladen, um so möglichst viele Mitwirkende für das Volksbegehren zu gewinnen.

JAN DREWITZ

Kommunales Kino im Heidekrug: Am grünen Rand der Welt

Am Freitag, dem 16. Dezember, um 19.30 Uhr zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 im kommunalen Kino den Film *Am grünen Rand der Welt*, eine stillichere Inszenierung des romantisch-viktorianischen Klassikers von Thomas Hardy durch den ehemaligen dänischen »Dogma«-Regisseur Thomas Vinterberg. Der Eintritt beträgt 6 Euro. Weitere Informationen zum Film finden Sie unter <http://heidekrug.org/kulturhaus-programm/kino:2/kommunaleskinoamgruenenrandderwelt:279/>.

GISBERT AMM

Die »ROTFUCHS« Leser laden herzlich ein zum Meinungsaustausch!

lesen-nachdenken-diskutieren-mitbestimmen

Jeden 1. Montag im Monat von 17 -19 Uhr im Bürgerbildungszentrum (Eberswalde, Puschkinstraße 13, Beratungsraum 2.25).

RotFuchs - Förderverein e.V.

Regionalgruppe Eberswalde u. Umgebung

Kontakt: 0174/2755932 oder www.rotfuchs.net

Bücher-Flohmarkt in der Hochschulbibliothek

Noch bis zum 9. Dezember findet in der Hochschulbibliothek von 9 bis 18 Uhr ein öffentlicher Bücher-Flohmarkt statt. Zum Preis von 1 bis 5 € werden Bücher, Kassetten und CDs von Fachliteratur über Romane, Kinderbücher und Ratgeber verkauft. Der Erlös des Bücher-Flohmarktes kommt ausschließlich der Hochschulbibliothek für Neuerwerbungen bzw. Umgestaltungspläne zugute.

CLAUDIA ADLER

Infoveranstaltung

Volksbegehren für mehr direkte Demokratie in Brandenburg

Wann: 25.01.2017, 19 Uhr

Wo: Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

Weitere Informationen: jan.drewitz@mehr-demokratie.de

Veranstalter: Mehr Demokratie e.V. Landesverband Berlin/Brandenburg

Anzeige

Junge Welt stärken: Dein Abo zur rechten Zeit.

Jetzt junge Welt bestellen!

- unter www.jungewelt.de/kampagne
- per Abotelefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82
- oder nutzen Sie untenstehenden Coupon:

Ja, ich bestelle die Tageszeitung Junge Welt für mindestens ein halbes Jahr. Das Abo verlängert sich um den angegebenen Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige. Bestellungen ins Ausland auf Anfrage.

Frau Herr

WILNAME _____

NACHNAME _____

STRASSE/PLZ _____

HAUSST. _____

TEL. (C) _____

E-MAIL _____

Ich bestelle das

- Normalaabo (mitl. 35,90 €)
- Solidariaabo (mitl. 45,90 €)
- Sozialaabo (mitl. 26,90 €)

Ich erhalte folgende Prämie:

Kalender »Viva la Habana« 2017
A-4-Format, Monatskalender mit Bildern von deutschen und kubanischen Fotografen, die Havanna aus ihrem speziellen Blickwinkel zeigen
(Verlag: B. Miel, W. Sobotka, LMMA)

Ich werde auf eine Prämie

Während der Abo-Laufzeit ist die Prämie nicht verfügbar. Bei einem Fall der Nichtverfügbarkeit wird die Prämie nicht ersetzt.

Ich bezahle das Abo

vierteljährlich (3 % Rabatt) halbjährlich (4 %) jährlich (5 %)

Das Abo bezahle ich per Rechnungslegung

Das Abo wird an _____

Coupon einsenden an:

Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48.

Zeit zur Besinnung

Leider hat sich der Erscheinungstermin dieser Ausgabe um drei Tage verschoben. Durch die aktuellen Tagesereignisse, die sich in einem Teil der Texte widerspiegeln, gerieten Zeitplan und Arbeitsorganisation ein wenig durcheinander. Es lagen mehr Texte vor, die fast für zwei Ausgaben reichen. Dadurch müssen einige ursprünglich für diese Ausgabe vorgesehenen Beiträge nun auf die Januarausgabe der »Barnimer Bürgerpost« warten. Der Redakteur bittet um Nachsicht.

Trotz alledem wünschen Verein und Redaktion allen Leserinnen und Lesern ein besinnliches und erholsames Weihnachtsfest sowie neuen Mut und neue Kraft, um das neue Jahr und die anstehenden Aufgaben gut bewältigen zu können.

GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«
Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.

www.barnimer-buergerpost.de

Öffentliche Rentensprechstunde

Rentenempfänger erhalten an jedem zweiten Mittwoch im Monat Hilfe von der Brandenburgischen Renteninitiative beim Lesen ihrer Rentenbescheide und dem Formulieren von Widersprüchen. Die nächste Sprechstunde ist am 14. Dezember, 10-12 Uhr, bei der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Dem Obus auf der Spur

Kiezmagazin MAXE hat eine neue Service-App für den Eberswalder Obus entwickelt



Eberswalde (jg). Die Macher von MAXE, dem Kiez-Magazin für das Brandenburgische Viertel (www.maxe-eberswalde.de), programmierten in den vergangenen Monaten einen besonderen Service für die Bürger Eberswaldes: Es handelt sich um eine Internet-Anwendung, die für sämtliche Haltestellen der beiden Obus-Linien eine Anzeige bereithält, aus der man erfährt, wann der nächste Bus kommt – ähnlich der Anzeigetechnik, die vor Ort installiert sind. Mit dem Obus-Planer sind nun die Fahrplaninformationen für alle Haltestellen abrufbar.

Diese Internetseite kann aber noch mehr: Neben dem gezielten Anwählen von Haltestellen, bestimmten Fahrplänen (Schule, Ferien,

Samstag, Sonntag) und einer Uhrzeitvorgabe, beachtet das Programm – man kann auch App sagen – die besonderen jahreszeitlichen Feiertage und auch die Ferien werden automatisch berücksichtigt. Obendrein kann man bequem von Haltestelle zu Haltestelle navigieren.

Das System beruht auf dem jeweils gültigen Fahrplan. Aktuelle Verspätungen sind im Obus-Planer nicht erfaßt, aber meist kommen die Obusse ja pünktlich, so daß die neue App durchaus gute Dienste leistet. Man braucht nichts zu installieren. Auch Smartphone mit Internetbrowser können den neuen Service kostenfrei nutzen! Die Konfiguration von Fahrplan, Uhrzeit und Style erreicht man über das Werkzeug-Symbol. Der Obus-Planer arbeitet im Live-Modus als Ticker und aktualisiert alle 30 Sekunden seine Anzeige.

Für Hinweise und Verbesserungsvorschläge der Obus-App ist die Maxe-Redaktion dankbar (eMail an: redaktionsbuero@maxe-eberswalde.de, im Internet ist das Angebot zu finden unter: <http://obus.maxe-eberswalde.de>).

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 30. November 2016

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30. Dezember 2016.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)